



Die Junge ÖVP.

LEITANTRAG 2021

Die Junge ÖVP.
Wir machen den Unterschied.

Inhaltsverzeichnis

5

Arbeit & Soziales

Arbeitswelt
Soziales
Wirtschaft
Generationengerechtigkeit
Gesundheit

11

Schule & Universität

Elementarpädagogik
Schule
Hochschule
Wissenschaft & Forschung
Berufliche Ausbildung / Lehre

17

Innovation & Digitalisierung

Digitale Bildung
Breitbandausbau
E-Demokratie & Digitale Verwaltung
Steuern & Digitalisierung
Datenschutz & Netzfreiheit
Digitalisierung & Wirtschaftsstandort

23

Umwelt & Mobilität

Landwirtschaft
Klimaschutz
Kreislaufwirtschaft
Energie
Verkehr
Ländlicher Raum

29

Jugend & Ehrenamt

Wohnen
Sport
Kunst, Kultur & Medien
Ehrenamt

33

Demokratie & Staat

Steuern & Budget
Demokratie & Staat
Landesverteidigung & Zivildienst

38

Sicherheit & Integration

Integration
Migration
Sicherheit

43

Europa & Internationales

Europa
Internationales

Vorwort

Seit über 75 Jahren ist die Junge ÖVP Innovationsmotor in Österreich: Wir haben uns gegen ein Atomkraftwerk stark gemacht und uns aktiv für Klima- und Umweltschutz eingesetzt, bevor die ganze Welt davon gesprochen hat. Wir waren die erste politische Jugendorganisation, die einen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union gefordert hat. Heute sind wir die stärkste politische Jugendorganisation mit über 100.000 Mitgliedern, tausenden Gemeinderäten, Bürgermeister*innen, Landtagsabgeordneten, Bundesrät*innen, Nationalratsabgeordneten und mit Regierungsmitgliedern in den Ländern und im Bund.

Die Junge ÖVP hat in den letzten Jahren zahlreiche Forderungen auch umsetzen können. Angefangen von einer Modernisierungsoffensive in der Lehre, der Verankerung von Schülerparlamenten, der Erhöhung der Zuverdienstgrenze für Studierende, einem österreichweiten Jugendticket für den öffentlichen Verkehr, der Vereinheitlichung des Jugendschutzes bis hin zur Digitalisierung der Verwaltung: Die Junge ÖVP wirkt. Wir gehen nicht demonstrieren oder reden lange um den heißen Brei herum, sondern sitzen mit am Verhandlungstisch und setzen uns für die Anliegen der jungen Menschen in Österreich ein.

Die Coronakrise hat uns in den letzten Monaten nochmals ganz deutlich aufgezeigt, wo wir Nachholbedarf haben. Wir wollen die Stärke unserer Organisation dafür nutzen, aus der Krise zu lernen und die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. So wollen wir das Leben junger Menschen in Österreich und Europa positiv beeinflussen. In den letzten Monaten haben sich daher über 100 JVPler*innen und JVPler aus ganz Österreich im Programmprozess „Update Österreich. Deine Idee für unser Land.“ intensiv mit den drängendsten Zukunftsthemen beschäftigt und diesen Leitantrag erarbeitet. Schwerpunkte waren vor allem die Themen Digitalisierung, Bildung und Umwelt. Die in den Gruppen ausgearbeiteten Forderungen wurden dann nochmals von der Bundesleitung der Jungen ÖVP diskutiert und zu diesem Leitantrag zusammengefasst. An dieser Stelle gilt unser Dank allen Beteiligten am größten Programmprozess in der Geschichte der Jungen ÖVP!

Die Stärke der Jungen ÖVP liegt in der Breite der Organisation: Wir sind nicht eine kleine Gruppe von Menschen, sondern vielfältig und unterschiedlich. Egal ob Stadt oder Land, Schüler, Lehrling oder Student, Selbständig oder Angestellter, Gemeinderat oder Nationalrat. Bei uns sind alle dabei!

Das ist die Junge ÖVP. Wir machen den Unterschied.

Das Team der Jungen ÖVP zum Bundestag 2021



UPDATE ÖSTERREICH
Deine Idee für unser Land.

Arbeit & Soziales



Unser Arbeitsmarkt steht vor einer der größten Herausforderungen der Geschichte. Die Coronakrise hat die Arbeitslosenzahlen im Frühjahr 2020 massiv in die Höhe schießen lassen. Auch wenn wir im internationalen Vergleich vor allem bei der Jugendbeschäftigung sehr gut dastehen, müssen wir dieser fatalen Entwicklung entschlossen entgegenwirken. Was es jetzt braucht, ist ein Update für den Arbeitsmarkt - gerade für die junge Generation. Nicht aus den Augen verlieren dürfen wir außerdem die Generationengerechtigkeit, wir werden uns in den nächsten Jahren mit einer Pensionsreform auseinandersetzen müssen. Und im Bereich Gesundheit wollen wir die Krise als Chance sehen und unter anderem die Grundversorgung am Land genauso wie die Telemedizin weiter ausbauen.

ARBEITSWELT

FACHKRÄFTEMANGEL ENTGEGENWIRKEN

Um auch in Zukunft qualifizierte Fachkräfte in unseren Betrieben zu haben müssen wir österreichweit einheitliche Kurse zu Meister- bzw. Befähigungsprüfungen fördern. Lehrberufe und Berufsbilder müssen genauso wie die Kollektivverträge stetig adaptiert und am Puls der Zeit bleiben. Ausbildungsformen, Berufsbilder, Bildungspfade sowie Weiterbildungsmöglichkeiten sollen darüber hinaus aktiv kommuniziert und beworben werden.

STEUERERLEICHTERUNG FÜR TELEARBEIT UND INTERNET

Durch eine gezielte steuerliche Entlastung wollen wir weiter Anreize schaffen, um die Arbeitswelt von morgen besser und schneller in unserer Gesellschaft zu etablieren. Neben Erleichterungen bei lohnbezogenen Abgaben wollen wir durch die Umsatzsteuersenkung auf technische Arbeitsausstattung und Internet eine digitalere Arbeitswelt schaffen. Auch müssen die neu von den Sozialpartnern geschaffenen Regelungen zum Homeoffice weiter ausgebaut werden, um die Lebensrealitäten der Menschen auch außerhalb einer Pandemie besser abzubilden.

ABFLACHUNG DER LOHNKURVE IN DEN KOLLEKTIVVERTRÄGEN

Einstiegsgehälter sind oftmals zu niedrig, die Gehaltssprünge im höheren Alter für Unternehmen oftmals nicht stemmbar: Die Kollektivverträge haben ein Gehaltsschema geschaffen, das es jungen Menschen erschwert sich etwas aufzubauen und gleichzeitig ältere Arbeitskräfte teils unleistbar macht. Wir fordern die Sozialpartner daher auf, eine Absenkung der Lohnkurve mit höheren Einstiegsgehältern für junge Menschen zu verankern. Als Vorbild sollte hier der öffentliche Dienst vorangehen.

AUSBAU DES STIPENDIENSYSTEMS FÜR MEISTERPRÜFUNGEN

Der Weg zur Meisterprüfung ist für Facharbeiter in der Regel mit relativ hohen Kosten verbunden. Um die duale Ausbildung weiter zu attraktiveren, soll daher das Stipendiensystem für Meisterprüfungen ausgebaut und im gleichen Schritt die Gebühren für die Prüfung erlassen werden.

SOZIALES

LEISTBARES WOHNEN FÜR JUNGFAMILIEN

Aufgrund der steigenden Immobilien- und Mietpreise wird es für junge Familien immer schwieriger, leistbaren Wohnraum zu mieten oder gar zu erwerben. Aus diesem Grund braucht es ein Bündel von

mehreren Maßnahmen für die Schaffung leistbaren Wohnraums für Jungfamilien. Vor allem das System der „Startwohnungen“ für Jungfamilien gehört weiter ausgebaut und gefördert.

AUSBAU DER KINDERBETREUUNG

Eine flächendeckende, flexible und unbürokratische Kinderbetreuung ist absolut notwendig, damit beide Elternteile ihren berufsmäßigen Verpflichtungen bestmöglich nachkommen können. Es braucht daher einen massiven Ausbau der Öffnungszeiten und der Betreuungsplätze vor allem in den ländlichen Gebieten. Darüber hinaus sollen für die Einrichtung einer betriebliche Kinderbetreuung mehr Anreize geschaffen werden.

MEHR ANREIZE FÜR INANSPRUCHNAHME DER VÄTERKARENZ

Nur 4,5 Prozent der genehmigten Anspruchstage des Kinderbetreuungsgeldes entfallen derzeit auf Männer. Einer der wesentlichen Gründe hierfür ist, dass Männer meist immer noch über ein höheres Einkommen als Frauen verfügen. Unser Ziel muss es sein, diesen Effekt zu verringern und ein staatliches Zuschussmodell für den im Beruf verbleibenden, finanziell schlechter gestellten Elternteil zu installieren.

BEKÄMPFUNG DER EINSAMKEIT IM ALTER DURCH FÖRDERUNG VON SENIOREN-WG'S

Gerade mit der steigenden Lebenserwartung besteht die Gefahr der Vereinsamung von älteren Menschen. Dagegen könnten Senioren-WGs Abhilfe schaffen. Alleinstehende ältere Menschen können so finanziell leichter über die Runden kommen und gleichzeitig mit anderen Gleichaltrigen sich austauschen, Freizeit verbringen, kochen und gemeinsam Essen. Die öffentliche Hand könnte hier mit Förderungen bei notwendigen Adaptionen unterstützen.

SACH- STATT GELDLEISTUNGEN

Der Staat soll verstärkt Sach- anstatt Geldleistungen im Sozialbereich zur Verfügung stellen, um dem Missbrauch und der falschen Verwendung von Fördergeldern entgegenzuwirken.

WIRTSCHAFT

ARBEIT WEITER ENTLASTEN

Österreich liegt bei der Besteuerung des Faktors Arbeit im absoluten Spitzenfeld in der EU, sowohl bei den Lohnnebenkosten (Sozialversicherung, Unfallversicherung, etc.) als auch den indirekten Arbeitskosten (Arbeitgeberabgaben und -beiträgen). Wir fordern daher, dass der Faktor Arbeit rasch weiter entlastet wird

SCHAFFUNG VON CO-WORKING SPACES IM LÄNDLICHEN RAUM

Es soll ein Anreizsystem für ländliche Gemeinden geschaffen werden, um Co-Working Spaces zu schaffen. Dies kann sowohl bei der Erschließung von neuen Gewerbeflächen als auch in Altbauprojekten erfolgen und verhindert somit Flächenversiegelung und Leerstandsobjekte. Solche Co-Workingspaces bieten jungen Unternehmerinnen und Unternehmern die Möglichkeit, trotz mangelnder oder überteuerter Gewerbeflächen kostengünstig eigene Büroflächen anzumieten.



Damit Familie und Beruf besser vereinbart werden können, braucht es einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung, auch für die Kleinsten. Das gilt gerade auch für den ländlichen Raum!

Johanna Jachs

ABSCHAFFUNG DER LOHNNEBENKOSTEN FÜR DIE ERSTEN DREI MITARBEITER IM UNTERNEHMEN

Im ersten Jahr sollen sämtliche Lohnnebenkosten für die ersten drei Angestellten eines Unternehmens entfallen. Darüber hinaus soll beim Schaffen einer neuen Lehrstelle in einem Betrieb für die gesamte Lehrzeit die Lohnsteuer entfallen.

LEICHTERE ABSETZBARKEIT VON ARBEITSPLÄTZEN IM WOHNUNGSVERBAND

Von zu Hause aus arbeiten ohne eigenes Büro ist für viele Unternehmerinnen und Unternehmer keine Seltenheit. Es braucht daher eine leichtere Absetzbarkeit von Arbeitsplätzen im eigenen Wohnungsverband. Auf diesem Weg können EPU's und vor allem Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer zielgerichtet entlastet werden.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

VERPFLICHTENDES PENSIONSSPLITTING

Um die Einbußen, die vor allem während der Karenz und der etwaigen Teilzeitarbeit danach für Frauen entstehen, abzufedern, sollen Pensionsbeiträge verpflichtend zwischen Frau und Mann aufgeteilt werden. Die Wirkung einer Verpflichtung ohne Opt-Out-Möglichkeit aus dem verpflichtenden Pensionsplitting bis zu einem Kindesalter von zwei Jahren soll geprüft werden.

EXPERTENRAT ZUR REFORM DES PENSIONSSYSTEMS

Die Pension für die Generation von heute muss auch in Zukunft gewährleistet werden. Das umlagefinanzierte Modell stößt bei einer immer älter werdenden Bevölkerung vermehrt an seine Grenzen. Die Alterssicherungskommission soll daher einen Reformprozess einleiten um zu prüfen, welche alternativen Finanzierungen ein beitragsfinanziertes Pensionssystem auch in Zukunft garantieren können.

ERHÖHUNG DES FAKTISCHEN PENSIONSANTRITTSALTERS

Eines der wichtigsten Ansätze im Pensionssystem ist die Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters auf 65 Jahre. Diese lag 1970 bei 61,3, erreichte Mitte der 90er mit 57,7 einen Tiefststand und steigerte sich seither auf 60,3 im Jahr 2019. Im gleichen Zeitraum stieg die Lebenserwartung von Männern zwischen 1970 und 2019 von 66,4 auf 79,5 und die der Frauen von 73,3 auf 84,2.

AUTOMATISCHE ANPASSUNG DES GESETZLICHEN PENSIONSANTRITTSALTERS AN DIE LEBENSERWARTUNG

Menschen werden zwar immer älter, das Pensionsantrittsalter ist in den letzten Jahren aber kaum gestiegen. Das gesetzliche Pensionssystem muss in Österreich auch in Zukunft noch finanzierbar sein. Es ist daher wichtig, dass das gesetzliche Pensionsantrittsalter Schritt für Schritt der tatsächlichen Lebenserwartung angepasst wird.

ABSCHAFFUNG SÄMTLICHER PENSIONS PRIVILEGIEN

Sämtliche öffentlich-rechtliche Pensionsprivilegien, vor allem jene vom Rechnungshof besonders kritisierten in der Stadt Wien sowie bei den ÖBB, sollen abgeschafft werden.

AUSBAU DES ALTERSTEILZEITMODELLS

Um junge Arbeitnehmer besser anlernen zu können, soll das Modell der Altersteilzeit weiter ausge-

Damit unsere Unternehmen gut aus der Krise kommen, braucht es nachhaltige Entlastungen - gerade im Bereich der Lohnnebenkosten!

Bettina Pauschenwein



baut werden. So können wir einem drohenden Verlust von Know-How entgegenwirken. Gleichzeitig erleichtert es älteren Arbeitnehmern, länger in Beschäftigung zu bleiben.

ZUKUNFTSORIENTIERTE KONJUNKTURAUSGABEN GEWÄHRLEISTEN

Eine generationengerechte Finanzpolitik zielt im Idealfall darauf ab, nicht mehr Kapital zu "verbrauchen" als sie neues Kapital generiert. Künftige sollen daher Konjunkturausgaben an die unabhängige Überprüfung des nachhaltigen Nutzens gekoppelt werden. Öffentliche Ausgaben müssen beispielsweise zeitlich befristet werden, dürfen keine neuen Dauerausgaben begründen und müssen generell nachhaltige strukturelle Impulse (Digitalisierung, Ökologisierung etc) setzen.

GESUNDHEIT

UNTERSTÜTZUNG FÜR JUNGMEDIZINER

Um Jungärztinnen und Jungärzten den Start in die berufliche Selbstständigkeit zu erleichtern, braucht es ein Gründerpaket für Ärzte mit Kassenvertrag, um so die notwendigen Investitionen für die eigene Praxis stemmen zu können. Darüber hinaus soll eine zentrale Anlaufstelle (von ÖGK und Ärztekammer) für Jungmediziner eingerichtet und attraktive Landärztestipendien geschaffen werden, um die medizinische Versorgung gerade auch in ländlichen Gebieten nachhaltig zu sichern.

ORGANISATIONSÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT IN DER PRIMÄRVERSORGUNG DURCH DIE DIGITALE PATIENTENAKTE

Unsere Welt wird immer vernetzter und mobiler. Diesen Trend gilt es nun auch in der Primärversorgung umzusetzen. Um die organisationsübergreifende Zusammenarbeit, etwa zwischen Hausärztinnen bzw. Hausärzten, Krankenhäusern und Apotheken möglich zu machen, braucht es ein Online-Tool, das gemeinsam von allen Institutionen genutzt werden kann. Im Idealfall soll diese umfassende digitale Patientenakte in ELGA integriert werden.

MEHR PSYCHOLOGISCHE UND PSYCHIATRISCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Der Bedarf an psychologischer Betreuung bei Kindern und Jugendlichen seit Jahren stetig gestiegen. Die Pandemie hat diesen unerfreulichen Trend nochmals verstärkt. Um gerade bei jungen Menschen psychologische Unterstützung schnell gewährleisten zu können, bedarf es hier eines starken Ausbaus der kassenfinanzierten Betreuungsplätze ebenso wie die weitere Aufstockung von Schulpsychologen. Auch die Möglichkeit digitaler und niederschwelliger Unterstützung soll gefördert werden.

EINFÜHRUNG VON VERPFLICHTENDEN ERSTE-HILFE-KURSEN AN SCHULEN

Es ist wichtig, zu wissen, wie man sich in einem Notfall richtig verhält und welche Maßnahmen man setzen kann, um anderen Menschen zu helfen. Um möglichst früh ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Erster Hilfe zu schaffen, soll es an Schulen einen verpflichtenden Erste-Hilfe-Kurs für alle geben.

REFORM UND AUSBAU DER SCHULPSYCHOLOGEN UND SCHULÄRZTE

In den Schulen sollen vermehrt Schulpsychologen eingesetzt werden, um die mentale Gesundheit



von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern zu stärken. Nach der Corona-Krise wird es wichtig sein, mit den Schulpsychologen die vergangenen Monate gemeinsam zu reflektieren und zu verarbeiten. Darüber hinaus sollen Schulärzte mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet werden, um so eine nachhaltige gesundheitliche Versorgung für Kinder und Jugendliche direkt an den Schulen sicherstellen zu können.

ERWEITERUNG VON TELEFONZELLEN ZU „GESUNDHEITZELLEN“

Die Telekom ist in Österreich dazu verpflichtet flächendeckend Telefonzellen zu betreiben. Die Frequenz der Nutzung spricht nicht dafür: 2,7 Millionen Minuten wurde damit in einem Jahr telefoniert – Tendenz stark sinkend. Mit Mobiltelefonen wurde im selben Zeitraum 21,8 Milliarden Minuten telefoniert. Wir wollen die vorhandene Infrastruktur daher für „Gesundheitszellen“ nutzen und Erste-Hilfe-Material sowie Defibrillatoren zur Verfügung stellen.

MASSIVER AUSBAU DER TELEMEDIZIN

Die Pandemie hat gezeigt, dass ein digitaler Arztbesuch in vielen Fällen sinnvoll sein kann und sowohl Wegzeiten, Wartezeit als auch Arbeitszeit für den Mediziner verkürzt werden können. Wir fordern daher einen massiven Ausbau des digitalen Arztbesuchs seitens der Sozialversicherungsträger. Ebenso muss die Möglichkeit der digitalen Krankschreibung und der E-Medikation weiterhin gegeben sein.

HÖHERE WERTSCHÄTZUNG FÜR DEN PFLEGEBERUF

Die Pandemie hat uns einmal mehr vor Augen geführt, wie wichtig eine qualitativ hochwertige und gut funktionierende Pflege ist. Es ist daher an der Zeit, die Gehälter für den Pflegeberuf zu erhöhen und ganz generell das Arbeiten im Pflegebereich zu attraktiveren.

ERWEITERUNG DER PFLEGEAUSBILDUNG

Um eine qualitativ hochwertige Pflege nachhaltig sicherstellen zu können, müssen die Ausbildungsmöglichkeiten weiter ausgebaut und flexibilisiert werden. Die Einführung einer Pflegelehre, die Etablierung der Pflegeausbildung als eigene Schulform (BMS/BHS) sowie die Erweiterung der berufsbegleitenden Ausbildung kann dazu beitragen, die drohende Lücke an Fachkräften zu schließen.

ERLEICHTERUNG DER ANRECHNUNG FÜR PENSIONSZEITEN VON YOUNG CARERS

Immer mehr Kinder und junge Erwachsene sind in die Pflege ihrer Eltern und Großeltern eingebunden. Es braucht hier eine bessere Möglichkeit zur Vereinbarung von Pflege und Ausbildung und eine Erleichterung bei der Anrechnung für Pensionszeiten.

Kinder und Jugendliche sind die größte Risikogruppe, wenn es um die sozialen und psychischen Folgen der Corona-Krise geht. Hier haben wir großen Handlungsbedarf und müssen daher umgehend niederschwellige Angebote im Bereich der psychischen und psychiatrischen Unterstützung ausbauen!

Claudia Plakolm



Schule &
Universität

Bildung ist der Grundpfeiler unserer Gesellschaft und muss daher immer im Fokus der Politik stehen. Um unser Bildungssystem fit für die Herausforderungen der Zukunft zu machen, müssen wir die Krise als Chance sehen und endlich im Bereich der Digitalisierung wichtige Reformen umsetzen. Diesen Schwung müssen wir auch bei der Berufsausbildung mitnehmen – unter anderem auch durch die Schaffung von neuer Lehrberufe.

ELEMENTARPÄDAGOGIK

BESSERE BEZAHLUNG FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGEN

Die Arbeit von Kindergartenpädagogen ist enorm wichtig für die Entwicklung unserer Kinder. Trotzdem verdienen sie um einiges weniger als beispielsweise Volksschullehrerinnen und Volksschullehrer. Um besonders junge Menschen für die Ausbildung zum Kindergartenpädagogen zu gewinnen, soll daher das Einstiegsgehalt in allen Bundesländern erhöht werden.

BESSERES BETREUUNGSVERHÄLTNIS IM KINDERGARTEN

Durch die Anpassung der Gruppengröße in Kindergärten schafft man einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel, um tatsächliche Bildungsarbeit, unter anderem in Sinne der Sprachförderung, zu ermöglichen. Um diese Betreuungsverhältnisse nachhaltig zu verbessern braucht es mehr Personal und daher in weiterer Folge eine Ausbildungsinitiative.

INFORMATIONSAUSTAUSCH ZWISCHEN KINDERGARTEN & VOLKSSCHULE RECHTLICH ERMÖGLICHEN

Die Weitergabe von Informationen über den Entwicklungsstand einzelner Kinder vom Kindergarten in die Volksschule ist datenschutzrechtlich derzeit nicht möglich. Dies soll geändert werden, denn das fördert zum einen die Früherkennung von Talenten und zum anderen können so Defizite, die bereits im Kindergarten aufgefallen sind, nach Übertritt in die Volksschule sofort angegangen werden.

VERPFLICHTENDES ZWEITES KINDERGARTENJAHR ZUR SPRACHFÖRDERUNG

Für Kinder, die nicht gut Deutsch können, soll es in enger Absprache mit den Kindergartenpädagogen vor Ort ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr geben. Aber auch Mütter dieser Kinder sollen mit geförderten Sprachkursen gezielt unterstützt werden.

SCHULE

ZUKUNFTSFITTE SCHULE

Die Corona-Krise hat uns ganz klar aufgezeigt, wo wir in unserem Bildungssystem Nachholbedarf haben. Klar ist, dass wir die Schulen nun fit für die Herausforderungen der Zukunft machen müssen.

Wir fordern daher die konsequente Umsetzung folgender Punkte:

- Ausstattung mit digitalen Endgeräten (Leihgeräte-Pool)
- Digitale Infrastruktur an den Schulen (Glasfaserinternet und W-LAN)
- Benutzerfreundliche Arbeitsplätze für Schüler und Lehrer an den Schulen
- Fortbildung für Lehrer im Bereich der digitalen Kompetenzen
- Eigenes Schulfach „Digitale Grundkompetenz“
- Digitalisierung der Schulbuchaktion



Bildung beginnt bereits bei den kleinsten: Wir müssen daher darauf schauen, dass es hier zu einer gerechten Entlohnung und einem ordentlichen Betreuungsverhältnis kommt.

Martina Jöbstl

FÖRDERUNG VON TALENTEN IM MINT-BEREICH

„MINT“-Fächer, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, sind von großer Bedeutung für den Standort Österreich. Der Fachkräftemangel wird sich in Zukunft verschärfen, wenn nicht in der Bildung und Ausbildung auf die künftige Arbeitswelt eingegangen wird. Besonders wichtig ist dabei auch, möglichst viele junge Mädchen für den MINT-Bereich zu begeistern.

MODERNISIERUNG DES LEHRPLANS

Schülerinnen und Schüler müssen auf die Bedingungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet werden. Deswegen müssen Medienkunde und digitale Kompetenz fächerübergreifend und in jeder Schulstufe im Lehrplan verankert sein. Eine besondere Stellung kommt hierbei dem Informatikunterricht zu, welcher ein umfangreiches Basiswissen im digitalen Bereich vermitteln soll.

ANONYMISIERTES LEISTUNGSMONITORING

Ein wichtiger Schritt im österreichischen Schulsystem ist ein durchgehendes Monitoring der erbrachten Leistungen. Dazu sollen alle Noten aller Schüler anonymisiert in eine digitale Datenbank eingetragen werden, worauf die Bildungsdirektionen und das BMBWF Zugriff haben. Durch statistische Analysen werden signifikante Leistungsunterschiede und Sprünge bzw. Abfälle ausgewertet, positive und negative Tendenzen ausgemacht und anhand dessen im Zuge des Qualitätsmanagements Gespräche mit den Schulleitungen geführt.

LEISTUNGS- UND KOMPETENZKATALOG FÜR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER:

Ab Beginn der Sekundarstufe 1 sollen alle Zeugnisse, Feedbacks, Rückmeldungen und Kompetenzeinschätzungen bis zum Schulabschluss in der Bildungscloud gesammelt werden. Dieser „Kompetenzkatalog“ soll direkt an die Lehrpläne sowie an Lern- und Kompetenzziele angelehnt sein und auch Einträge zu außerordentlichen schulischen Projekten beinhalten.

AUTONOME SCHULVERWALTUNG

Um die einzelnen Schulstandorte weiter zu stärken, soll zum einen die Schulleitung in eine administrative und eine pädagogische Leitung aufgeteilt und zum anderen die Personalautonomie weiter gestärkt werden. Um mehr Praxisbezug in die Schulbildung zu bekommen, braucht es Erleichterungen für Quereinsteiger. Darüber hinaus sollen einzelne Schulstandorte Modularisierungen einführen können, um dadurch autonom festgelegte Spezialisierungen zu ermöglichen.

SUPPORTPERSONAL AKTIV IN DEN UNTERRICHT EINBINDEN

Den Schulen soll ohne längere Wartezeiten ein geschultes Personal zur Seite stehen, das sie bei deren Fragen und Problemen unterstützt. Schülerinnen und Schüler bringen ihre Probleme mit in die Schule und somit auch mit in die Klasse und die Gemeinschaft. Diese Probleme sollten, je nach Abwägen der Expertenmeinung des Schulsupportpersonals, in der Gesamtklasse oder auch mit einzelnen Schülerinnen und Schülern besprochen werden.

DREHTÜRMODELL: BEGABTENFÖRDERUNG IN DER SCHULE

Das Erkennen und Fördern von Talenten jeglicher Art ist im straffen Schulalltag fast nicht mehr möglich. Das sogenannte Drehtürmodell als eine Art der Begabtenförderung ist ein zukunftsgerichteter Weg, die Vernetzung von Begabungen schulstufenüberschreitend möglich zu machen. Schülerinnen und Schülern soll es möglich sein, den Unterricht in höheren Jahrgängen zu besuchen, wenn ausgezeichnete Leistungen im eigenen Jahrgang vorhanden sind. Ein weiterer Aspekt



Nicht nur die richtigen Fragen stellen, sondern auch die richtigen Antworten geben! Der Leitantrag ist ein Plan für bessere Schulen, Unis und FHs und wir werden auf allen Ebenen fighten, dass er Realität wird.

Nico Marchetti

des Drehtürmodells ist eine Kooperation nach außen, etwa durch eine Kooperation Schule-Universität, mit einer anderen Schule oder auch einem Unternehmen.

EINFÜHRUNG DES PFLICHTFACHES „STAATSKUNDE & POLITISCHE BILDUNG“

In Österreich dürfen junge Menschen bereits ab 16 Jahren wählen – dafür braucht es auch eine fundierte Auseinandersetzung mit dem politischen System Österreichs im Rahmen der Schulbildung. Als Junge ÖVP erneuern wir daher unsere Forderung nach der Einführung eines Pflichtfaches „Staatskunde & politische Bildung“.

FINANZBILDUNG IN DER AUSBILDUNG STÄRKEN

“Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts.“ Es braucht daher ein österreichweites Angebot an finanzieller Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene. Wichtig dabei ist die Vermittlung eines soliden Basiswissens über die Themen Wirtschaft, Kapitalmarkt und Finanzen und dem richtigen Umgang mit den eigenen Mitteln für Schüler aller Schularten.

BILDUNGS- UND BERUFSORIENTIERUNG FÜR SCHÜLER

Zeitgerecht vor ihrem Abschluss sollen alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II eine obligatorische Berufs- sowie Studienorientierung absolvieren. Diese Orientierung soll die persönlichen Fähigkeiten und Talente eines jeden einzelnen hervorheben und gleichzeitig auch auf die Vielfalt an Bildungsmöglichkeiten hinweisen.

EINFÜHRUNG EINER STÄRKEREN LEISTUNGSDIFFERENZIERUNG IN DER SEKUNDARSTUFE II

Um auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten eines jeden Einzelnen eingehen zu können, ihn gezielt nach seinen Talenten zu fördern und auf etwaige Lernschwächen zu reagieren braucht es eine stärkere Leistungsdifferenzierung in der Sekundarstufe II.

AUSBAU DER FREIWILLIGEN SOMMERSCHULE

Die freiwillige Sommerschule im Jahr 2020 hat sich bewährt. Mit einem Ausbau und einer Erweiterung soll langfristig ein Angebot zur Verbesserung der Defizite in den Hauptfächern, gerade im Bereich der sprachlichen Ausbildung, in den Sommerferien und gleichzeitig Lehrpraktika für angehende Lehrpersonen geschaffen werden.

HOCHSCHULE

DIGITALISIERUNG WEITER VORANTREIBEN

Um die Vereinbarkeit von Studium und Beruf weiter zu verbessern, sollen auch nach der Pandemie die wichtigsten Vorlesungen aufgezeichnet und online zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus soll das Angebot an Online-Prüfungen und digitalisierten Lernmaterialien erweitert werden. Aber auch in allen anderen Bereichen muss die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden, etwa durch die Einrichtung einer österreichweiten Plattform für Online Learning.

BETREUUNGSVERHÄLTNISSSE VERBESSERN

Die Betreuungsverhältnisse für die einzelnen Studien an allen Universitäten Österreichs sollen evaluiert und jeweils an die Anforderungen der Lehre angepasst werden. Über die Betreuungsverhältnisse soll zudem offen und transparent kommuniziert werden.

LEHRVERANSTALTUNGSEVALUIERUNG

Um ein gut funktionierendes Qualitätsmanagement an unseren Universitäten zu garantieren, braucht es eine verpflichtende Evaluierung am Ende jeder einzelnen Lehrveranstaltung und eine Veröffentlichung der Ergebnisse eben dieser zur besseren Transparenz. Für Lehrveranstaltungen, die auffallend schlecht bewertet werden, soll ein Gespräch mit dem Dekan, der Studienvertretung und dem Vize-Rektor für Lehre stattfinden und die Entwicklung der Lehrveranstaltung im darauffolgenden Semester genau beobachtet werden.

ZUGANGSMANAGEMENT & BETREUUNGSVERHÄLTNISSE

Es gilt in Zukunft, den immer größer werdenden Spagat zwischen Studienqualität und freiem Hochschulzugang weiter zu schaffen. Damit dies gelingt soll über Aufnahmeverfahren für Studien mit großem Zulauf nachgedacht werden. Gleichzeitig sollen Knock-Out STEOP-Prüfungen als Ersatz für Aufnahmeverfahren abgeschafft und dafür die STEOP hin zu einer echten Studieneingangsphase ausgebaut werden. Um die Studierbarkeit weiter zu verbessern, sollen in einem weiteren Schritt sämtliche Voraussetzungsketten in Curricula evaluiert und gegebenenfalls gestrichen werden.

STUDIENPLÄTZE UND CURRICULA

Speziell bei jenen Lehrveranstaltungen, wo die Lernkurve direkt vom Betreuungsverhältnis abhängig ist, müssen genügend Plätze angeboten werden (z.B. Laborpraktika). Darüber hinaus sollen Curricula von Studien mit hoher durchschnittlicher Semesterzahl evaluiert werden und gegebenenfalls angepasst bzw. ausgedünnt werden.

STUDIENWECHSEL & FAMILIENBEIHILFE

Studienwechsel können dazu führen, dass man den Anspruch auf Familienbeihilfe verliert. Die zuständigen Stellen müssen hier schon frühzeitig mit dem betroffenen Studenten in Kontakt treten. Zudem soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass der Nachweis von 16 ECTS in den ersten vier Semestern für alle belegten Studienrichtungen gemeinsam und nicht mehr nur im Hauptstudium geleistet werden kann, um Studienwechsel zu erleichtern.

MODERNISIERUNG UND RENOVIERUNG DER HÖRSÄLE

Hörsäle müssen über eine hinreichende technische Ausstattung und ein gewisses Maß an Komfort verfügen. Es soll daher eine Renovierungsoffensive für in die Jahre gekommene Hörsäle geben. Besonderes Augenmerk soll dabei auch auf die Ausstattung mit Kameras und Mikrofonen und vor allem die Barrierefreiheit liegen.

DIGITALE GESTALTUNG VON PRÜFUNGSIMMANENTEN LEHRVERANSTALTUNGEN

Übungen, Proseminare, Vorlesungsübungen und ähnliche LV-Arten leben von der Kommunikation, vom Austausch und von reger Diskussion. Diese prüfungsimmanenten Lehrveranstaltungen würden erheblich davon profitieren, wenn man auch digitale Kommunikationswege und Diskussionsforen als Ergänzung zur Präsenzlehre mitdenkt. Es soll daher die Nutzung von digitalen Tools erweitert werden.

AUSBAU DER SOMMER- UND WINTERUNI

Studierenden muss die Möglichkeit gegeben werden, auch während der Semester- und vor allem während der Sommerferien einzelne Lehrveranstaltungen und Prüfungen zu absolvieren. Gerade berufstätigen Studierenden würde eine Sommer- bzw. Winteruni entgegenkommen.

EVALUIERUNG DES FHG

Durch einheitlichere Regelungen im FHG sollen österreichweit vergleichbare Anforderungen geschaffen werden, um so eine ungleiche Behandlung an unterschiedlichen Fachhochschulen auszuschließen. Teil davon soll u.a. die Angleichung des Instanzenzugs dem der Universitäten sein, genauso wie die Möglichkeit, dass Prüfungstermine so gestaltet werden müssen, dass nach einem nicht bestandenen letzten Prüfungsantritt der Studierende das Recht hat, sein Studium in den anderen Modulen fortzusetzen und nicht das ganze Semester wiederholen zu müssen.

WISSENSCHAFT & FORSCHUNG

SCHAFFUNG EINES NEUEN JUNGFORSCHER-FÖRDERTOPFS

Durch finanzielle Unterstützungen wie Stipendien und Anerkennungen durch Preisverleihungen sollen speziell Jungforscherinnen und -forscher gefördert werden. Speziell auf die Förderung junger Frauen soll hier geachtet werden.

UMSETZUNG DER EXZELLENZINITIATIVE

Um die Wettbewerbskultur und Kooperation in der Forschung zu fördern, soll mit der Umsetzung der Exzellenzinitiative begonnen werden. Die Wettbewerbskultur innerhalb der Forschung fördert die größtmögliche Wirkung und erhöht die Qualität der Wissenschaft. Dies bietet Forscherinnen und Forschern eine langfristige Karriereperspektive in Österreich und zieht junge Talente an.

FÖRDERUNG VON FRAUEN IN FORSCHUNG & LEHRE VERSTÄRKEN

Um die Tätigkeit in Forschung und Lehre speziell für Frauen attraktiver zu machen, braucht es eine gezielte Förderung in diesen Gebieten für junge Einsteigerinnen.

BERUFLICHE AUSBILDUNG

STREICHUNG DER LOHNNEBENKOSTEN BEIM SCHAFFEN EINER LEHRSTELLE

Kleine Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, jungen Menschen mit einer Lehre eine Chance und Perspektive zu geben. Für neu geschaffene Lehrstellen in nachgefragten Bereichen und kleinen Betrieben sollen daher in den Lehrjahren sämtliche Lohn- und Nebenkosten entfallen.

AUSWEITUNG DES LEHRLINGSBONUS

Die Einführung des Lehrlingsbonus iHv bis zu € 2000 pro Lehrling hat während der Krise erfolgreich dazu beigetragen, dass keine Lehrlingslücken entstehen. Es soll nun evaluiert werden, wie man dieses Erfolgsmodell ausweiten und weiterführen kann.

LEHRE ALS ERFOLGSMODELL

Die Lehre ist in Österreich ein Best Practice Beispiel, um Jugendarbeitslosigkeit zu verringern und dem Fachkräftemangel zu begegnen. Ein europaweiter Export dieses Erfolgsmodells und die Förderung der Lehre sowie der Ausbau von EU-Praktika und Austauschprogrammen würde daher einen enormen Mehrwert für die gesamte Union darstellen.

NEUE LEHRBERUFE SCHAFFEN

Vor allem durch die Digitalisierung erhöhen sich einerseits die Anforderungen hinsichtlich der Qualifizierung von Lehrlingen, andererseits entstehen so auch neue Berufsfelder. Für eben diese gilt es stetig neue Lehrberufe zu schaffen.

DURCHLÄSSIGKEIT IN DER LEHRAUSBILDUNG ERHÖHEN

In Zukunft wird es noch wichtiger sein, junge Erwachsene auch nach der Matura für eine Lehre begeistern zu können. Dafür müssen aber mehr Anreize geschaffen werden. Zum einen braucht es einen angepassten Lehrplan, der etwaige fachliche Vorkenntnisse berücksichtigt und zum anderen eigene Berufsschulpläne mit eigenen Klassen für junge Menschen, die sich erst nach der Matura für eine Lehre entschieden haben.

PFLEGELEHRE

Qualifiziertes Personal fehlt bereits derzeit in der Pflege. Die Pflegeausbildung muss daher radikal neu gedacht und das Berufsbild verbessert werden. Die Möglichkeit einer altersadäquaten Pflegelehre für den Beruf „Pflegeassistent“ soll daher für all jene geschaffen werden, die sich bereits nach der Pflichtschule für den Pflegeberuf interessieren.

Die Lehre ist ein österreichisches Aushängeschild. Sie garantiert Fachkräfte für morgen und sorgt im europäischen Vergleich für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit.

Martina Kaufmann



Innovation & Digitalisierung

Nie zuvor haben wir wie in den letzten Monaten den Stellenwert von digitaler Infrastruktur und Innovation bemerkt. Um auch in Zukunft ein attraktiver Standort zu bleiben und Wohlstand zu sichern, muss Österreich zum Innovationsvorreiter in Europa und der Welt werden. Das können wir zum einen schaffen, in dem wir weitere Schritte im Bereich der digitalen Verwaltung setzen und zum anderen aber auch, in dem wir gerade bei den alternativen Antriebsarten und der dazugehörigen Ladeinfrastruktur innovativer werden.

DIGITALE BILDUNG

EINFÜHRUNG EINER ÖSTERREICHISCHEN DIGITALISIERUNGSPLATTFORM

In Form eines offenen Marktplatzes sollen auf einer Bildungsplattform digitale Lernangebote von unterschiedlichen Quellen und Anbietern aufbereitet und zugänglich gemacht werden. Ein individuelles Bildungskonto zeigt die Lernhistorie und Ausbildungsnachweise, Zeugnisse sowie Prüfungsnachweise müssen digital verifiziert und zugänglich gemacht werden.

VERPFLICHTENDES UNTERRICHTSFACH „DIGITALE GRUNDKOMPETENZEN“

Im Arbeitsalltag werden sie tagtäglich gebraucht, in der Schule sind sie jedoch nur selten Thema: Digitale Grundkompetenzen. Neben den geläufigsten Betriebssystem- und Office-Kenntnissen sollen in einem neuen Unterrichtsfach auch Grundkenntnisse in Programmieren, Recherchekompetenz, Medienkompetenz und der richtige Umgang mit Sozialen Medien Thema sein. Ein solches Unterrichtsfach soll auch das Theoriewissen der MINT-Fächer in digitaler Form umsetzen und insbesondere junge Frauen für digitale und technische Inhalte begeistern. Wichtig dabei sind auch kontinuierliche Fortbildungsmöglichkeiten für Pädagoginnen und Pädagogen.

Einheitliche Bildungscloud und Open-Source-Software

Eine einheitliche Bildungscloud des Bildungsministeriums deckt zwei Bereiche ab. Einerseits die Zurverfügungstellung von Unterrichtsmaterialien wie zB digitale Schulbücher und andererseits eine Sammlung von Lernprogrammen und das Bereitstellen von Lizenzen für Office-Programme.

Online-Unterricht für schulübergreifende Angebote ausbauen

Mit digitalem Unterricht kann man persönliche Möglichkeiten eröffnen und digitale Wahl- und Wahlpflichtfächer durch schulübergreifende Angebote aufbauen, die online abgehalten werden. Ziel ist es dabei, Spezialisierungen und Interessenbildung unabhängig vom Schulstandort möglich zu machen.

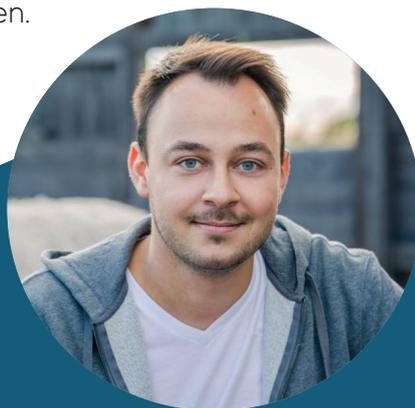
BREITBAND-AUSBAU

GLASFASERANSCHLUSS ALS VERPFLICHTENDE BASISINFRASTRUKTUR

Österreich hat bei Breitbandausbau noch klar Nachholbedarf. Neben Trinkwasser-, Strom- und Kanalanschluss soll künftig auch der Glasfaseranschluss zur Basisinfrastruktur gehören. Daher muss es bei einem Neubau das Recht auf einen Anschluss geben und bei Sanierungen von Bestandsbauten soll die Aufrüstung verpflichtend werden, sofern dies technisch möglich ist.

HOCHVERFÜGBARES INTERNET

Nach Vorbild der niederösterreichischen NÖGIG soll die Errichtung einer österreichischen Gesellschaft



Die digitale Lehre an Unis ist gekommen, um zu bleiben. Damit können Studium UND Beruf in Zukunft noch besser vereinbart werden.

Sebastian Steiner

zum Ausbau von Glasfaser in strukturalarmen Gegenden geprüft werden. Weiters sollen Gemeinden neben Kanal- und Wasserleitungen auch (zumindest) Leerverrohrungen bei Straßenbauten prüfen und vornehmen.

TRENNUNG VON NETZ- UND DIENSTANBIETER

Um zu ermöglichen, dass der Netzausbau als öffentliches Ziel betrieben wird und um ein leistungsfähiges Internet langfristig abzusichern, soll die Dienstleistung Internet von der Infrastruktur an sich entkoppelt werden. Die Stromversorgung in Österreich kann hier als Beispiel genommen werden: Das Netz wird vom Staat ausgebaut und diverse Stromanbieter können es kostenpflichtig benutzen.

AUSWEITUNG DER FÖRDERSTRATEGIE AUF LANDWIRTSCHAFTLICHE BETRIEBE

Aktuell gibt es im Rahmen der Connect-Förderstrategie die Möglichkeit für KMU, EPU und Bildungseinrichtungen, die erstmalige Anbindung des Standortes mit Glasfaser gefördert zu bekommen. KMU erhalten eine Förderung bis zu 50 % der Anschlusskosten (max. € 50.000). Mit der Ausweitung auf landwirtschaftliche Betriebe schaffen wir hier auch einen Anreiz, die Landwirtschaft zu modernisieren.

QUALITÄTSKRITERIEN FÜR ANSCHLUSS-HARDWARE

Damit die Menschen die volle Bandbreite ihres Zugangs auch nutzen können, brauchen sie nicht nur einen Anschluss, sie müssen auch über die entsprechende Hardware verfügen. Der Anbieter hat dabei die bezahlte Bandbreite zu garantieren. Ist das nicht der Fall, soll es einen einfachen Mechanismus zur Kostenrückerstattung bzw Vertragsauflösung geben.

ÖSTERREICH ALS VORREITER IN 5G

Jeder zweite Haushalt ist in Österreich bereits mit einem 5G-Netz versorgt. Da die Abdeckung aber in erster Linie in den Ballungszentren sehr hoch ist, soll der Ausbau in ländlichen Regionen nun rasch vorangetrieben werden. Österreich gilt europaweit als Vorreiter im Bereich 5G und soll diesem Ruf auch gerecht werden!

REDUKTION DER UMSATZSTEUER AUF INTERNET

Auf zahlreiche Dinge des täglichen Bedarfs sind in Österreich 10% bzw. 13% anstatt 20% Umsatzsteuer zu entrichten – Internet ausgenommen. Gerade der Internetanschluss im eigenen Haushalt hat sich in den letzten Jahren aber zur nahezu „Grundversorgung“ entwickelt. Wir wollen hier eine Senkung der Umsatzsteuer auf Internetdienste.

E-DEMOKRATIE & DIGITALE VERWALTUNG

AUSBAU DES DIGITALEN AMTS

Das digitale Amt soll wesentlich breiter ausgebaut werden, um alltägliche Bürgeranliegen unbürokratisch abwickeln zu können. Neben einem digitalen Postfach, über das man mittels verschlüsselter Nachrichten mit den Behörden kommunizieren kann, sollen auch alle Ausweise digital verfügbar sein.

Gerade im Bereich der Digitalisierung haben wir viele Chancen: Behördenwege vereinfachen, E-Voting ermöglichen und digitale Grundkompetenzen in der Schule vermitteln. Was es dafür braucht, ist ein hochverfügbares Internet für alle!

Tobias Pürcher



Wir müssen sämtliche Behördenwege radikal neu denken, bürgerfreundlich gestalten und sie konsequent digitalisieren, um unsere Vorreiterrolle im Bereich der digitalen Verwaltung weiter auszubauen!

Eva-Maria Himmelbauer



SMART GOVERNMENT

Die öffentliche Verwaltung muss für sämtliche Behördenwege einen Digitalisierungs-Check durchführen. Alle Behördengänge, die theoretisch digital abgewickelt werden können, müssen in Zukunft auch digital angeboten werden. Darüber hinaus soll die Digitalisierung als Chance genutzt werden, um Behördenwege generell neu zu denken und zu entbürokratisieren.

E-VOTING

Österreich soll zum Vorreiter für digitale Wahlen in Europa werden: Beginnend bei Kammer- und ÖH-Wahlen, soll künftig auch bei Kommunal-, Landes- und Bundeswahlen die Möglichkeit bestehen, seine Stimme mittels E-Voting abzugeben. Ein wichtiger erster Schritt soll dabei die digitale Unterstützung von Wahlgängen sein, beispielsweise durch elektronische Registrierungen und Aufzeichnungen im Wahllokal.

BREITER ROLLOUT DER E-ID

Die E-ID soll zukünftig als elektronischer Identitätsausweis dienen und ermöglicht es unter anderem, Einzelvertretungsbefugnisse auszustellen. Garantiert wird damit auch die rechtliche Anerkennung in anderen EU-Mitgliedsstaaten. Für die breite Akzeptanz wird es eine einfache Bedienung brauchen, ebenso dürfen keine technischen Barrieren bestehen.

ÖFFENTLICHE VERWALTUNGSSOFTWARE/-HARDWARE OPEN SOURCE

Zukünftig sollen alle öffentlichen Aufträge bezüglich Software und Hardware als Open Source Projekte umgesetzt werden. Das erlaubt zusätzliche neue Entwicklungen in das bestehende System auch nachträglich einzubringen, was einen laufenden Innovations-Boost zur Folge hätte.

ÖFFENTLICHES BIG DATA

Aggregierte Daten, die auf Bundesebene verfügbar und nicht hochsensibel sind, sollen der breiten Öffentlichkeit in technisch verarbeitbarer Form kostenlos und zentral zur Verfügung gestellt werden. Zudem fordern wir ein Gütesiegel für die Integrität der zur Verfügung gestellten Daten.

2F-AUSTRIA -ZWEIFAKTORAUTHENTIFIZIERUNG

Jeder dritte Österreicher ist von Datendiebstahl betroffen. Um die Daten der Österreicher besser gegen Cyberkriminalität zu schützen, soll jeder Onlinedienst mit einem Jahresumsatz von mehr als € 100.000 verpflichtet werden, die Zwei-Faktor-Authentifizierung (2FA) für alle Nutzerkonten anzubieten.

PRÜFUNG VON BLOCKCHAIN IN DER BUNDESVERWALTUNG

Es soll geprüft werden, inwiefern Blockchain in der Bundesverwaltung eingesetzt werden kann, um die Transparenz zu erhöhen, den Verwaltungsaufwand zu minimieren und langfristig auch Kosten einzusparen. Darüber hinaus soll überlegt werden, künftig auch Zertifikate mit der Blockchain-Technologie zu sichern.

STEUERN & DIGITALISIERUNG

ZWECKBINDUNG VON DIGITALSTEUEREINNAHMEN

Einrichtung eines digitalen Fonds, der die Einnahmen der aktuellen Digitalsteuer zweckgebunden

zur Förderung an innovative Startups und Forschungseinrichtungen im Tech- beziehungsweise AI-Umfeld ausschüttet. Ein solcher Zukunftskapitalfonds könnte zur österreichischen Rolle als Hub für Startup-Finanzierung beitragen. Weiters soll mit den Einnahmen der gezielte Ausbau der digitalen Infrastruktur vorangetrieben werden.

KONSEQUENTE BESTEUERUNG VON INTERNETRIESEN

Es widerstrebt unserem Gerechtigkeitsinn, dass einige wenige Unternehmen hohe Gewinne erwirtschaften, aber keinerlei Beitrag an die Länder abführen, in denen der Gewinn tatsächlich lukriert wird. In diesem Bereich müssen wir als europäischer Wirtschaftsraum ein gerechtes Steuerkonzept mit einheitlich berechneter Steuerbemessungsgrundlage in den Mitgliedstaaten etablieren.

INTERNATIONALES ÜBEREINKOMMEN ZUR STEUERGERECHTIGKEIT IM DIGITALEN RAUM

Wir werden uns die Frage stellen müssen, wie wir in Zukunft miteinander wirtschaften wollen. Es ist unfair, wenn kleine und mittlere Betriebe bei uns faktisch mehr Steuern bezahlen als transnationale digitale Unternehmen, die Milliardenumsätze erwirtschaften. Ein internationaler Gipfel in Österreich soll daher ein verbindliches völkerrechtliches Übereinkommen zur Steuergerechtigkeit im digitalen Raum erarbeiten.

DATENSCHUTZ & NETZFREIHEIT

JUGENDSCHUTZ IM INTERNET

Ein besonderes Risiko bergen Online-Games mit In-Game-Währungen, Lootboxen und Glücksspiel. Es braucht daher einerseits eine europaweite Kennzeichnung von Spielen, die Mikrotransaktionen enthalten, sowie der Einführung einer angemessenen Alterskontrolle bei Online-Käufen. Andererseits soll es auch eine umfassende Aufklärungskampagne für Eltern sowie Kinder und Jugendliche geben.

PRIVACY LABEL AUSTRIA

Es braucht praxistaugliche Privatsphärenregelungen, die die Userinnen und User aktiv, verständlich und vergleichbar über die Datenverwendung und deren Zugriffe aufklären. So sollen z.B. relevante Zugriffe wie auf das Kontaktbuch deutlich gekennzeichnet werden müssen. Als Vergleichsbeispiel sind die neuen Energielabels der EU heranzuziehen.

DIGITALISIERUNG & WIRTSCHAFTSSTANDORT

SCHAFFUNG EINES E-BETRIEBSANSIEDLUNGSSERVICES

Unternehmen und Startups haben bei einer Ansiedlung und Gründung in Österreich immer noch sehr große bürokratische Hürden. Nach dem Vorbild des Startups Stripe mit dem Service Atlas soll daher ein österreichisches Onlineservice entwickelt werden, welches in wenigen Schritten eine einfache Ansiedlung von Unternehmen ermöglicht.



HARMONISIERUNG DER UNTERSTÜTZUNG BEI STANDORT-AGENTUREN IN ALLEN BUNDESLÄNDERN

Die Förderungen der Standort-Agenturen der einzelnen Bundesländer weichen sehr stark voneinander ab. Um eine fairere Verteilung der Förderungen zu erzielen und den Fördertourismus zu verhindern, sollen alle Förderungen – wenn dies möglich und sinnvoll ist – bundesweit harmonisiert werden. So verhindern wir einen Pull-Effekt des urbanen Raums und schaffen gleiche Gründungschancen in allen Bundesländern sowie Jobs im ländlichen Raum.

CYBER SHIELD AUSTRIA – UNTERSTÜTZUNG FÜR UNTERNEHMEN IM BEREICH DER CYBER SECURITY

Ein Drittel aller österreichischen Unternehmen sind unzureichend gegen Hackerangriffe geschützt – alleine im Bereich des Online-Handels ist bereits jedes zweite Unternehmen betroffen. Unternehmen und deren Mitarbeiter sollen daher besser auf die Gefahren hingewiesen und im Umgang mit Cyber Security geschult werden.

ANERKENNUNG DIGITALER ZAHLUNGEN

Die Digitalisierung hat auch vor den Geldtaschen der Österreicher keinen Halt gemacht: Immer mehr Menschen nutzen die Möglichkeit, bargeldlos zu bezahlen. Gerade bei jungen Menschen nehmen bargeldlose Zahlungen immer weiter zu. Wir fordern daher, dass in Zukunft in allen Unternehmen, die auch der Registrierkassenpflicht unterliegen, bargeldlos bezahlt werden kann.

E-MOBILITY-CARD

Elektrofahrzeuge boomen: Damit einhergehend gibt es immer mehr Elektrotankstellen, jedoch auch verschiedenste Anbieter. Derzeit wird für nahezu jede Tankstelle ein eigenes Nutzerkonto und eine eigene Karte benötigt. Um die Nutzung der Tankstellen zu vereinfachen und die E-Mobilität weiter zu attraktiveren, braucht es eine einheitliche, von allen akzeptierte Abrechnungsmöglichkeit.

BOOSTER FÜR LADE-INFRASTRUKTUR

Die Infrastruktur für Elektrotankstellen ist der am häufigsten angegebene Grund, warum sich die Österreicher gegen ein Elektroauto entscheiden. Wir fordern hier einen Investitionsboost, um flächendeckend öffentlich-zugängliche Ladestationen in ganz Österreich zu forcieren.

TRANSPARENZ FÜR STROMPREIS BEI E-LADESTATIONEN

Die Preise für ein Kilowatt Strom sind von Anbieter zu Anbieter sehr verschieden. Klar ist oft auch nicht, ob nach tatsächlich getanktem Strom oder nach Zeit abgerechnet wird, was zu überraschend hohen Ladekosten führen kann, stellt man beispielsweise das Auto über Nacht zum Laden ab. Es braucht daher bundesweit einheitlich verpflichtende Angaben hinsichtlich Preistransparenz.

VIRTUAL QUALITY MARK AUSTRIA (NFT)

Die Möglichkeit, österreichische Qualitätsprodukte mit einem virtuellen Qualitäts-Token (NFT) basierend auf Blockchain-Technologie auszustatten, soll gefördert und unterstützt werden.



Das bargeldlose Bezahlen mit dem Mobiltelefon, der Smartwatch oder die ganz gewöhnliche Kartenzahlung ist für viele von uns mittlerweile alltäglich. Leider akzeptieren nach wie vor einige Unternehmen nur Bargeld – das wollen wir ändern!

Julian Geier

Umwelt & Mobilität

Klima- und Umweltschutz gehören zu den drängendsten Herausforderungen unserer Zeit. Als Junge ÖVP sind wir seit Jahren die Jugendorganisation, die mit Hausverstand versucht, Klima, Wirtschaft und Gesellschaft in Einklang zu bringen. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe, die die Umwelt pflegen und uns mit regionalen Produkten versorgen!

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe versorgen uns mit hochqualitativen Produkten. Gerade junge Menschen interessiert, woher Lebensmittel kommen & wie sie produziert werden.

Klaus Lindinger

LANDWIRTSCHAFT

KLARE KENNZEICHNUNG VON ÖSTERREICHISCHEN LEBENSMITTELN IM HANDEL UND IN DER GASTRONOMIE

Aufgrund der derzeitigen Rechtslage steht lediglich der Ort der größten Wertschöpfung im Vordergrund, nicht aber beispielsweise der Produktionsort. Es braucht daher für Konsumentinnen und Konsumenten eine transparente und nachverfolgbare Kennzeichnung von Lebensmitteln inklusive Darstellung der Lieferkette. Auch für die Gastronomie soll eine solche Herkunftskennzeichnung zumindest freiwillig und einheitlich geschaffen werden.



SCHAFFUNG VON KLIMASCHUTZZÖLLEN AUF EU-EBENE

Es braucht Klimaschutzzöllen auf europäischer Ebene für Lebensmittel, die aus dem EU-Ausland importiert werden. Damit senken wir die Transportemissionen, stärken die heimische Landwirtschaft und können mit den entstandenen Einnahmen Klimaschutzprojekte in Europa fördern und stärken.

DECKELUNG DER EU-FÖRDERMITTEL BEI LANDWIRTSCHAFTLICHEN GROSSBETRIEBEN (CAPPING)

Momentan werden landwirtschaftliche Betriebe innerhalb der Europäischen Union anhand der Größe der landwirtschaftlich bewirtschafteten Grundfläche gefördert. Es braucht daher eine Deckelung der EU-Förderungen, um so auch kleine landwirtschaftliche Betriebe in den Regionen zu stärken.

BEWUSSTES KONSUMVERHALTEN / REGIONALITÄT FORCIEREN

Das Bewusstsein von Konsumenten bezüglich Herkunft und Qualität von Lebensmitteln muss weiter gestärkt werden. Regionalität und Saisonalität sollen die Grundsätze für ein bewusstes Konsumverhalten sein. Damit stärken wir die heimische Landwirtschaft und können lange Transportwege vermeiden. Aufbauend darauf fordern wir ein Verbot von Schlachtrindertransporten aus der EU in Drittstaaten. Es braucht auf EU-Ebene zudem ein einheitliches und besseres Kontrollsystem, um garantieren zu können, dass in allen Mitgliedsstaaten die europarechtlichen Bestimmungen hinsichtlich Tiertransport und Tierwohl eingehalten werden.

STÄRKUNG VON JUNGEN HOFÜBERNEHMERN

Die österreichische Landwirtschaft hat mit 22,5 % den größten Anteil an Junglandwirten in der gesamten EU. Diese günstige Altersstruktur muss auf jeden Fall erhalten und gestärkt werden, denn die Junglandwirte sind die Zukunft unserer Landwirtschaft! Um das zu gewährleisten braucht es den Erhalt der günstigen Bedingungen, die uns zum EU-Spitzenreiter machen, und weitere entsprechende Instrumente und Maßnahmen, um dieses Level beizubehalten.

KLIMASCHUTZ

UMWELTBILDUNG IN DER SCHULE

Es ist von besonderer Bedeutung, dass bereits in der Schule verständlich und greifbar Mobilitäts- und

Energiebildung betrieben wird. Dabei steht vor allem die Bewusstseinsstärkung für die Auswirkungen des eigenen Handelns – ob beim eigenen Mobilitätsverhalten oder hinsichtlich der Mülltrennung – im Vordergrund.

REVITALISIERUNG VON BETRIEBSFLÄCHEN

Zahlreiche Betriebsflächen in Österreich stehen ungenutzt und leer, weil Abriss und Umbaukosten teurer als der Neubau auf der grünen Wiese sind. Eine steuerliche Begünstigung und Förderung der Revitalisierung für private Bauträger und für Gemeinden soll hier gegensteuern und ganz generell die Bodenversiegelung gesenkt werden.

EINHALTUNG DES PARISER KLIMAABKOMMENS

Nur wenn wir jetzt rasch und effizient handeln, können wir in Zukunft im Einklang mit unserer Natur leben und nicht gegen sie ankämpfen. Darum ist es wichtig, dass die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens mit all seinen Zielen weiter konsequent verfolgt wird.

MEHR BEWUSSTSEIN FÜR LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG

In Österreich landen jährliche unzählige Tonnen noch genießbarer Lebensmittel im Müll – und das leider nicht nur in Privathaushalten. Als erster Schritt zur Bewusstseinsbildung sollen Lebensmittelgeschäfte eine Statistik führen, wie viel und was sie wegwerfen. Supermärkte sollen dadurch dazu animiert werden, weniger wegzuworfen und Lebensmittel vermehrt an wohltätige Organisationen zu spenden.

ANREIZ FÜR WENIGER VERPACKUNGEN

Um den Weg in Richtung weniger Verpackungsmüll zu erleichtern, braucht es Anreize für die Produzenten: Klare Positionierung auf EU-Ebene gegen Doppelt- und Leerverpackungen und zB steuerliche Erleichterungen, wenn gänzlich auf Verpackungen verzichtet wird bzw Mehrwegverpackungen angeboten werden.

EINFÜHRUNG EINES PFANDSYSTEMS

Vonseiten der EU ist uns eine Sammelquote von 90 % vorgeschrieben, die wir bei weitem nicht erreichen. Um Strafzahlungen zu vermeiden, soll daher ein Pfandsystem eingeführt werden. So können wir nachhaltig mehr recyceln und gleichzeitig Plastikmüll vermeiden. Was andere europäische Staaten schaffen, können auch wir in Österreich umsetzen!

KREISLAUFWIRTSCHAFT

BEWUSSTSEINSBILDUNG FÜR MÜLLTRENNUNG UND ABFALLWIRTSCHAFT

In Österreich haben wir ein bereits gut etabliertes System der Mülltrennung. Damit eine gute und effiziente Kreislaufwirtschaft aber auch funktioniert, ist eine Bewusstseinsbildung immens wichtig. Es soll daher verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Mülltrennung und klare Regeln zu den unterschiedlichen Müllsorten geben.

ALTSTOFFSAMMELZENTREN UM RE-USE-SHOP-OPTION ERWEITERN

Durch die Erweiterung der Altstoffsammelzentren (ASZ) um eine Re-Use-Shop-Option können noch gut erhaltene Gegenstände einen neuen Nutzer finden. Dadurch sparen wir nicht nur Ressourcen, sondern vermindern auch die Müllmengen – und die neuen Besitzerinnen und Besitzer freuen sich über eine günstige Einkaufsmöglichkeit.

Regionalität ist für mich ein wichtiges Zukunftsthema. Wir können dadurch ländliche Regionen stärken und aktiv Klimaschutz betreiben.

Carina Reiter



REPARIEREN STATT WEGWERFEN

Um immer mehr werdenden Abfälle zu vermeiden, soll das Reparieren von Elektrogeräten in Form eines Reparaturbonus gefördert werden. Dieser trägt dazu bei, dass insgesamt weniger weggeworfen wird und Geräte, die an sich noch funktionsfähig sind, nach einer Reparatur länger im Einsatz sein können.

STRENGERE STRAFEN FÜR MÜLLSÜNDER

Der Bund, die Länder und die Kommunen haben bereits zahlreiche Initiativen gestartet, um über die korrekte Müllentsorgung in Österreich zu informieren und aufzuklären. Es braucht aber empfindliche Strafen für Müllsünder, die Müll nicht korrekt trennen und durch unverantwortliches Wegwerfen unsere Natur und Umwelt verschmutzen und nachhaltig zerstören.

ENERGIE

2030 ENERGIEAUTONOMIE ÖSTERREICH

Bis 2030 muss Österreich bilanziell 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energiequellen erzeugen. Hierfür muss ein strategischer Mix von Sonnen-, Wind- und Wasserenergie sowie Biomasse genutzt werden, um unsere Haushalte, aber auch die österreichische Wirtschaft mit "grünem" Strom zu beliefern.

WASSERSTOFF ALS ALTERNATIVER TREIBSTOFF DER ZUKUNFT

Derzeit wird der Großteil des Wasserstoffes mittels Dampfreformierung von Erdgas gewonnen, dabei entsteht auch sehr viel CO₂. Österreich soll eine Vorreiterrolle in der Erzeugung von sauberem Wasserstoff einnehmen und die Erforschung sowie Weiterentwicklung aller Verfahren zur Erzeugung von klimafreundlichem Wasserstoff forcieren.

ABSCHAFFUNG VON SUBVENTIONEN FÜR FOSSILE-BRENNSTOFFE UND GLEICHZEITIG SUBVENTIONEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEQUELLEN

Unser Weg hin zu einem Leben mit erneuerbaren Energien und der Verzicht auf fossile Brennstoffe kann nur das Resultat eines gesamtgesellschaftlichen Kraftaktes sein. Allerdings ist es derzeit noch so, dass viele Förderungen implizit fossile Brennstoffe subventionieren. Aus diesem Grund sollen sämtliche Förderungen hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit im Umgang mit fossilen Brennstoffen geprüft und gegebenenfalls sozial verträglich geändert werden.

SCHAFFUNG EINES ALL-IN-GREEN-FÖRDERPAKETS

Vor allem um die Nutzerfreundlichkeit für den Umstieg auf einen Verbrennungsmotor hin zu alternativen Antriebsmöglichkeiten oder auch für den Austausch veralteter Strom-/Heizgeräten zu erhöhen, soll es von Seiten des Bundes "All-In-Green"-Förderpakete geben, die sich nicht nur auf einen einzelnen Aspekt wie zB die Förderung eines E-Autos beziehen, sondern eine ganzheitliche Förderlösung (inkl. Lademöglichkeit) darstellen.

VERKEHR

ANRUF-SAMMELTAXIS - ÜBERARBEITUNG DES GELEGENHEITSVERKEHRSGESETZES

Anruf-Sammeltaxis brauchen nach einer Gesetzesänderung im Jahr 2020 derzeit eine fixe Strecke und fixe Abfahrtszeiten. Individuelle Routen oder Bedienegebiete gegen Aufpreis sind dadurch alternativlos weggefallen. Es soll daher das Gelegenheitsverkehrsgesetz repariert werden, um das Angebot von Anruf-Sammeltaxis wieder zu ermöglichen und so jungen Menschen einen sicheren Heimweg zu erlauben.



Im Bereich der alternativen Antriebsarten muss unser Ziel sein, dass Wasserstoff künftig klimaneutral aus erneuerbarer Energie hergestellt werden kann!

Lukas Brandweiner

JUGENDTAXI

Das Jugendtaxi – ein von der Gemeinde teilfinanzierter und geförderter Taxitarif – ermöglicht Jugendlichen am Land einen kosten-günstigen, flexiblen und vor allem sicheren Heimweg. Dieses regionale Erfolgsmodell stärkt die Mobilität im ländlichen Raum und soll vom Bund auch gefördert werden.

ANREIZE FÜR GÜNSTIGE EUROPaweITE BAHNTICKETS

Grenzüberschreitende Flugticketpreise sind von der Mehrwertsteuer befreit. Für Bahntickets muss in sieben Mitgliedsstaaten (inklusive wichtiger Transitländer wie Deutschland, Österreich und Belgien) Mehrwertsteuer bezahlt werden. Um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, braucht es eine ebensolche Mehrwertsteuerbefreiung für alle grenzüberschreitenden Eisenbahntickets.

SCHAFFUNG EINES SIEGELS ZUR KENNZEICHNUNG VON NACHHALTIGEN TRANSPORTWEGEN BEI WAREN

Labels erleichtern dem Verbraucher den Vergleich von Produkten/Dienstleistungen anhand ihres ökologischen Fußabdrucks. Ein Umweltzeichen für Transportdienstleistungen könnte dabei helfen, Güter nachhaltiger von A nach B zu transportieren und eine Verkehrsverlagerung auf die Bahn zu realisieren.

FÖRDERUNG ALTERNATIVER TREIBSTOFFE IM ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)

Alternative Antriebsarten sollten und dürfen nicht nur im Individualverkehr die Zukunft sein. Vor allem Busunternehmen sollen bei der Anschaffung von Bussen mit alternativen Antriebstechniken wie Elektro- oder Wasserstoffantrieb gefördert werden.

BUNDESLÄNDERÜBERGREIFENDES KONZEPT FÜR DEN ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR

Neben einer Vergünstigung der Ticketpreise müssen vor allem durch attraktivere Verbindungen und kürzere Fahrzeiten künftig mehr Personen dazu bewegt werden, vom eigenen PKW auf den ÖPNV umzusteigen. Damit dies auch bundesländerübergreifend funktioniert, braucht es eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Verkehrsverbände.

E-LADEINFRASTRUKTUR MASSIV UND UNBÜROKRATISCH AUSBAUEN

Um elektrisch betriebene Kraftfahrzeuge alltagstauglich zu machen, müssen bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sein. Dazu gehört unter anderem, sich europaweit für eine Vereinheitlichung der E-Wallboxen und Anschlüsse einzusetzen sowie die Lademöglichkeiten auch für Mieter in Wohnanlagen mithilfe der Anpassung der rechtlichen Gegebenheiten des WEG zu erleichtern.

SCHWERVERKEHR AUF DIE SCHIENE VERLAGERN

Die heimische sowie europäische Transportwirtschaft muss – gerade in vom Schwerkraft belasteten Regionen wie Nordtirol – auf die Schiene gebracht werden, um Umwelt und Bevölkerung zu entlasten. Auch auf europäischer Ebene muss die strategische Gesamtplanung des Schienenbaus koordiniert werden, um europaweite „rollende Landstraßen“ zu realisieren.

WASSERSTOFF - TANKSTELLENNetz FÖRDERN

In Österreich existieren derzeit kaum Wasserstofftankstellen. Um diese Zukunftstechnologie auch tatsächlich massentauglich zu machen, braucht es ein flächendeckendes Netz an Tankmöglichkeiten. Wir fordern hier eine flächendeckende Aufrüstung bestehender konventioneller Tankstellen zu Wasserstoff-Tankstellen.

LÄNDLICHER RAUM

BEWUSSTSEINSBILDUNG UND STÄRKUNG DER ORTSZENTREN

Mögliche Maßnahmen dafür: Wettbewerbsfähigkeit durch Revitalisierung des Ortskerns stärken (Investitionen in Fassadengestaltung, Beleuchtung, etc.), Attraktivierung der innerörtlichen Standorte durch Investitionen im Infrastrukturbereich, Erhöhung der Aufenthaltsqualität (Verweilplätze, öffentlichen WCs, Grünflächen, etc.), bessere steuerliche Begünstigung und Förderung von Renovierungs- und Umbaumaßnahmen denkmalgeschützter Gebäude in den Orts und Stadtkernen.

AUSBAU UND BESCHLEUNIGUNG DES ÖPNV UND MIKRO-ÖV

Gemeinden dürfen bei der Errichtung und Instandhaltung eines öffentlichen Verkehrsnetzes nicht allein gelassen werden. Es braucht daher eine spezielle Förderung von Modellregionen zur Errichtung eines Mikro-ÖVs und die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen Förderantrags einer Region. Dabei soll der Fokus langfristig auf umweltfreundlichen Transportmitteln liegen.

PERSPEKTIVE FÜR JUGENDLICHE AM LAND

Viele junge Menschen aus strukturschwächeren Regionen müssen für Job, Lehre oder Studium in Städte ziehen. Hier braucht es Anreize für junge Menschen, in den Regionen zu bleiben. Neben einem guten ÖPNV-Netz sind vor allem leistbaren Wohnraum, eine gute Infrastruktur, mehr Arbeitsplätze sowie der Ausbau von Homeoffice wichtig.

HOME OFFICE-HUBS IN GEMEINDEN

Das Home Office genießt gerade unter jungen Menschen einen sehr guten Ruf. Einen Mangel bildet immer noch die fehlende Trennbarkeit von Arbeit und „Zuhause“, gerade bei jungen Familien. Gemeinden sollen deshalb bei der Schaffung von Shared Offices (Home Office-Hubs) in Ortskernen unterstützt werden, um Menschen tageweise die Vorzüge eines Büros (zB Videokonferenz-Raum) mit einer kurzen Anreise zu bieten.

DEZENTRALISIERUNG DER VERWALTUNG

Die Krise hat gezeigt, dass viele Arbeiten auch remote erledigt werden können. Durch Home-Office und mit der Möglichkeit, auch Co-Working-Spaces zu nutzen, können gerade im ländlichen Raum nachhaltig qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Aus diesem Grund soll auch die zumindest teilweise Verlegung von neuen Bundesbehörden in die ländlichen Regionen endlich vorangetrieben werden.

STÄRKUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS DURCH EFFIZIENTERE ZUSAMMENARBEIT IN DER GEMEINDE-VERWALTUNG DURCH GEMEINDEKOOPERATIONEN

Vor dem Hintergrund der höher werdenden Anforderungen an unsere Gemeinden fordern wir eine noch effizientere Zusammenarbeit von kleinen ländlichen Gemeinden, damit kommunale Leistungen verbessert und mehr Angebote in ländlichen Regionen geschaffen werden können.



Gerade im ländlichen Raum gibt es noch in vielen Bereichen Aufholbedarf - hier müssen wir als Politik rasch Perspektiven schaffen!

Raphael Wichtl

Jugend & Ehrenamt

Leistbarer Wohnraum für junge Menschen - egal ob Miete oder Eigentum - ist eine unserer Prioritäten.

Elisabeth Wolff



Rund 2,3 Millionen Menschen sind in Österreich unbezahlt und ehrenamtlich in Vereinen und Organisationen tätig - sei es bei der Freiwillige Feuerwehr, im örtliche Sport-, Trachten- und Musikverein oder auch in der Jungen ÖVP: Junge Menschen tragen einen großen Teil zum Erhalt des Ehrenamts in Österreich bei und leisten dadurch einen unbezahlbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Dadurch sichern alle Ehrenamtlichen auch den Fortbestand unserer Kultur und leisten einen wesentlichen Beitrag im Bereich des Nachwuchs- und Amateursports.

WOHNEN

SCHAFFUNG VON ZINSFREIEN WOHNBAUKREDITEN FÜR JUNGFAMILIEN SOWIE ABSCHAFFUNG DER NEBENKOSTEN BEIM ERWERB DES ERSTEN EIGENHEIMS

LAUFENDER EINKOMMENSHECK BEI GEFÖRDERTEN WOHNUNGEN

ATTRAKTIVIERUNG VON MIET-KAUF-OPTIONEN ZUR ANSCHAFFUNG EINES EIGENHEIMS

Dies kann durch die Senkung der hohen Nebenkosten beim Erwerb eines Eigentums (Aufschließungskosten, Grunderwerbssteuer, Grundbuchgebühr) geschaffen werden, sowie durch die Förderung von Eigentum durch eine attraktive Gestaltung von Miet-Kauf-Optionen.

KEINE GRUNDBUCHEINTRAGUNGSGBÜHR BEIM ERSTEN EIGENHEIM

SPORT

UMSETZUNG DER TÄGLICHEN TURNSTUNDE

Ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen sind mittlerweile übergewichtig, 10 % leider gar an Adipositas. Um dem entgegenzuwirken soll es eine tägliche Turnstunde ab dem Kindergartenalter bis zur 8. Schulstufe geben. Dadurch wird die von der WHO empfohlene 60-minütige körperliche Aktivität von Kindern im schulischen Bereich gedeckt.

EINBAU VON ERNÄHRUNGS-ERZIEHERISCHEN GRUNDLAGEN IM LEHRPLAN

Neben täglichen Bewegungseinheiten sollen Kindern und Jugendlichen in der Schule auch Grundlagen über gesunde Ernährung, Nährwerte und über die Auswirkung von Fast-Food beigebracht werden. Eine Adaptierung des Sport-Lehrplans wäre hierfür nötig.

SPITZEN- SOWIE BREITENSPORTFÖRDERUNG MIT KLAREN LEISTUNGSKRITERIEN

Um die Familien von zukünftigen Olympioniken finanziell zu entlasten, soll es eine Sonderförderung für erfolgreiche Spitzensportler geben, die sich bei internationalen Wettkämpfen gut schlagen. Darüber hinaus soll es auch für den Breitensport gezielte Förderprogramm geben, vor allem für Familien, die nicht genügend verdienen bzw sehr viele Kinder haben.

HOCHSCHULSPORTANGEBOT

Im Vergleich mit anderen Nationen genießt der Hochschulsport in Österreich nur geringe Aufmerk-

samkeit. Zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten sollen die Kursangebote der universitären Sportinstitute ausgebaut werden.

RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR E-SPORT

In Österreich gamen rund 5,3 Millionen Menschen mehrmals im Monat, rund 50.000 von ihnen machen sich regelmäßig bei Turnieren mit anderen. Der E-Sport ist nicht mehr aus unserer Kultur wegzudenken und es braucht daher klare Rahmenbedingungen.

KUNST, KULTUR & MEDIEN

STÄRKUNG DES ÖSTERREICHISCHEN FILMS

Damit sich der österreichische Film auch in Zukunft behaupten und entfalten kann, muss er in all seinen Facetten gefördert und unterstützt werden. Neben einer Anhebung der bundesweiten Filmfördermittel und einer Förderung für junge Talente sollen sämtliche Förderstellen hin zu einem übersichtlichen Fördermanagement gebündelt werden.

EINBINDUNG VON KUNST & KULTUR IN DEN LEHRPLAN

Kunst und Kultur haben eine wichtige Bedeutung für die Gesellschaft. Die Auseinandersetzung damit soll bereits während der Schulzeit forciert werden – ua durch regelmäßige Besuche in Kultureinrichtungen wie Museen und Theater. Darüber hinaus soll es einen fächerübergreifenden Schwerpunkt von Kunst und Kultur im Unterricht geben.

ÖSTERREICHISCHES UNIVERSAL STUDIO

Um vor allem für junge Künstlerinnen und Künstler die Produktion von heimischen Filmen zu vereinfachen, soll ein österreichisches Universal Studio eingerichtet werden. Dies kann in weiterer Folge auch als touristisches Angebot mit entsprechenden Führungen genutzt werden.

FÖRDERUNG VON JUNGEN KÜNSTLERN UND KULTURSCHAFFENDEN

Sämtliche Stipendien und Förderungen für junge Kulturschaffende sollen evaluiert und in weiterer Folge an die Bedürfnisse von jungen Künstlerinnen und Künstler angepasst und ausgeweitet werden.

STÄRKUNG REGIONALER SENDUNGEN IM ORF

Nur durch ein modernes, generationenübergreifendes Programmangebot und der Produktion exklusiver Inhalte können die Zuschauerquoten gehalten und die Relevanz als Sendeplatz gesteigert werden.

Damit einhergehend wäre eine Reduktion der ausländischen Produktionen zugunsten eigener Programminhalte sowie generell eine stärkere Einbindung der österreichischen Identität wünschenswert.



Von der Blasmusikkapelle bis hin zu den Salzburger Festspielen - Österreich ist Kulturnation. Damit das auch so bleibt, müssen wir junge Künstlerinnen und Künstler bestmöglich fördern und auch fordern!

Michaela Lorber

EHRENAMT

BESSERER SCHUTZ VON EINSATZKRÄFTEN

Wenn unsere Blaulichtorganisationen alarmiert werden, landen die Helfer oft im Epizentrum von Konflikten, erleben Angriffe oder werden bei ihrer Arbeit behindert. Zum besseren Schutz unserer Freiwilligen soll daher die §§ 269 f StGB "Tätlicher Angriff auf einen Beamten" auf freiwillige Einsatzkräfte ausgedehnt werden.

STÄRKERE EINBINDUNG DES (EHRENAMTLICHEN) VEREINSWESENS FÜR DIE INTEGRATION

Der Schlüssel für eine gelungene Integration ist eine stärkere Einbindung in die Gesellschaft. Es soll gerade in größeren Gemeinden der Fokus darauf gelegt werden, dass asylberechtigte Menschen sich in Vereinen engagieren. Das fördert nicht nur den Abbau gegenseitiger Vorbehalten, sondern schärft auch das Verantwortungsbewusstsein und ermöglicht es Asylsuchenden sich aktiv in die Gesellschaft zu integrieren.

"TAG DES EHRENAMTES" AN ÖSTERREICHS SCHULEN

Bei uns in Österreich ist das Engagement von unzähligen Freiwilligen ein unverzichtbarer Teil in der Gesellschaft. Es soll daher einen Tag des Ehrenamtes an Österreichs Schulen geben, an dem sich die ehrenamtlichen Vereine und ihre Tätigkeit vorstellen können.

EINRICHTUNG EINER SERVICESTELLE EHRENAMT

Um das Freiwilligen- und Vereinswesen in Österreich nachhaltig zu stärken, soll eine bundesweite Servicestelle Ehrenamt eingerichtet werden. An diese sollen sich ehrenamtliche Vereine für eine Beratung in rechtlichen Fragen wenden und Funktionäre Weiterbildungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen können.

NACHWEISBARKEIT VON EHRENAMTLICHEN TÄTIGKEIT

Die Schaffung eines österreichweit einheitlichen Ehrenamtsgütesiegels soll es ermöglichen, ehrenamtlich erbrachte Leistungen besser nachweisen zu können. Dies gilt vor allem auch für erworbene Qualifikationen, die dadurch in Bewerbungsprozessen stärker berücksichtigt werden.



Das ehrenamtliche Engagement ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft. Unsere Vereine brauchen daher mehr Unterstützung!



Bernadette Schöny

Demokratie & Staat

Der Staat muss seinen Bürgerinnen und Bürgern dienen - und nicht umgekehrt. Als Junge ÖVP waren wir immer Vorreiter, wenn es darum ging, mehr demokratische Mitbestimmung und einen funktionierenden und schlanken Staat zu fordern.

STEUERN, BUDGET & ENTLASTUNG

SCHULDENQUOTE LANGFRISTIG REDUZIEREN

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie führen nicht nur zu einem enormen Einbruch des Wirtschaftswachstums in Österreich, sie verursachen auch massive budgetäre Kosten und belasten die öffentlichen Haushalte. Die gesamtstaatlichen Ausgaben steigen und auf der Einnahmenseite gibt es deutliche Rückgänge. Im Sinne der Generationengerechtigkeit braucht es daher einen ausgeglichenen Bundeshaushalt sowie die Rückkehr zu dem in den letzten Jahren weitsichtig erfolgten Schuldenabbau.

Um auch weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir gerade unsere KMUs weiter entlasten!

Marlene Zeidl-Beck



SENKUNG DER EINKOMMENSTEUER

Der Nationalrat hat bereits einen Teil der Steuerreform vorgezogen und den Eingangssteuersatz bei der Einkommen- bzw. Lohnsteuer von 25 % auf 20 % gesenkt. Die übrigen Steuersätze sollen nun wie geplant und im Regierungsprogramm angekündigt herabgesetzt werden, um die Entlastung der arbeitenden Bevölkerung weiter sicherzustellen.

SENKUNG DER KÖRPERSCHAFTSTEUER

Der europäische Durchschnitt bei der Körperschaftsteuer liegt derzeit bei 21,9 %. Eine Senkung der Körperschaftsteuer würde die Investitionstätigkeit der österreichischen Unternehmen verstärken. Um auch weiterhin auf dem globalen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben und vor allem auch KMUs nachhaltig zu entlasten, muss auch Österreich die eigene Körperschaftsteuer auf 22 % adaptieren.

MODERNISIERUNG UND VEREINFACHUNG DES EINKOMMENSSTEUERGESETZES

Das derzeit gültige Einkommensteuergesetz (EStG 1988) ist mittlerweile schon über 30 Jahre alt und wurde permanent geändert, aber nicht strukturell erneuert. Es soll daher eine Analyse des EStG durchgeführt werden und so eine Reduktion der Ausnahmen und Sonderbestimmungen vorgenommen werden.

EVALUIERUNG SONSTIGER VERWALTUNGSABGABEN UND GEBÜHREN

Wie schon seit 2012 wurden auch heuer die Gebühren auf Bundesebene nicht erhöht. Davon betroffen sind unter anderem Gebühren auf den Reisepass, Personalausweis, Zulassungs- und Führerschein. Es sollen alle sonstigen Verwaltungsabgaben und Gebühren evaluiert werden, um die Bürgerinnen und Bürger weiter zu entlasten.

FINANZAUSGLEICHSTRÖME VERRINGERN UND TRANSPARENZ ERHÖHEN

Der Finanzausgleich ist durch das Finanzverfassungsgesetz geregelt und umfasst die finanziellen Beziehungen zwischen Bund, Länder und Gemeinden. Alle vier Jahre wird der Finanzausgleich von den Finanzausgleichspartnern neu ausverhandelt. Das System des Finanzausgleiches ist sehr komplex und teilweise intransparent. Die Junge ÖVP fordert deswegen, die Effizienz und Transparenz des Finanzausgleiches durch eine verstärkte Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverantwortung auf jeder Ebene des Staates zu erhöhen.

NACHHALTIGE UND EFFIZIENTE ZUKUNFTSINVESTITIONEN ABWICKELN

In der Politik müssen wir verantwortungsvoll mit Steuergeld umgehen. Gerade in dieser pandemischen Lage ist es wichtig, sinnvolle Investitionen in unsere Zukunft zu tätigen, um danach wieder gestärkt aus der Krise herauszugehen. Öffentliche Mittel sollen vermehrt auf Zukunftsinvestitionen fokussiert werden anstatt auf vergangenheitsbezogene Ausgaben. Das Ziel muss sein, langfristige Investitionsmittel aufzubauen, welche ein nachhaltiges Wachstum fördert, Forschung und Industrie stärken und Arbeitsplätze in zukunftsrelevanten Sektoren wie Gesundheit, Bildung, digitale Technologien und erneuerbare Energien schaffen. Aus diesem Grund fordert die Junge ÖVP eine nachhaltige und effiziente Abwicklung von Zukunftsinvestitionen.

DEMOKRATIE & STAAT

REFORM DES BUNDESRATS

Die verfassungsrechtliche Funktion des Bundesrates als Vertretung der Länder bei der Bundesgesetzgebung ist angesichts der realpolitischen Situation nicht wirklich erfüllt. Man soll sich daher kritisch mit der Zukunft des Bundesrats im Hinblick auf die Bestellung seiner Mitglieder sowie in der Ausgestaltung seiner Kompetenzen auseinandersetzen.

MODERNISIERUNG DER KOMPETENZVERTEILUNGEN

Die Kompetenzverteilung zwischen Bundes- und Landesgesetzgebung sowie Verwaltung ist in Österreich ausgesprochen kompliziert ausgestaltet. Daher sollte sie einer Überprüfung vor dem Hintergrund heutiger Herausforderungen unterzogen werden. In diesem Zusammenhang ist im Streben nach schlanken staatlichen Strukturen auch zu überdenken, welche Materien in unmittelbarer Bundesverwaltung vollzogen werden.

ÖFFENTLICHES HEARING FÜR MITGLIEDER DES VfGH

Von den 14 Mitgliedern des VfGH werden acht von der Bundesregierung vorgeschlagen, drei weitere jeweils von Nationalrat und Bundesrat. Nationalrat und Bundesrat beschließen jeweils mit einfacher Mehrheit über den Vorschlag. Kandidatinnen und Kandidaten sollen sich vor Bestellung einem verpflichtenden gemeinsamen öffentlichen Hearing von Nationalrat und Bundesrat stellen.

MODERNISIERUNG BZW KODIFIZIERUNG EINES GRUNDRECHTEKATALOGS

Angesichts der Zersplitterung der Grundrechte soll ein moderner und umfassender Grundrechtekatalog erarbeitet werden, der sämtlichen unions- und völkerrechtlichen Verpflichtungen Österreichs Genüge tun soll. Das parallele Weiterbestehen der EMRK als Verfassungsrecht würde dem nicht entgegenstehen.

MEHR TRANSPARENZ IN BESCHLUSSFASSENDEN GREMIEN

Die Sitzungen von beschlussfassenden Gremien auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene sollen transparenter werden und daher auch mit der Ausnahme von sehr sensiblen Bereichen öffentlich per Videoaufzeichnung live übertragen werden können. Dies gilt neben Ausschusssitzungen der Landtage und des Parlaments vor allem auch für Gemeinderatssitzungen.



**Dank der Corona-Krise
waren viele Sitzungen
aller politischen Ebenen
via Livestream für alle
Bürgerinnen und Bürger
zugänglich - das soll auch
in Zukunft nach wie vor
problemlos möglich sein!**

Corinna Scharzenberger

KUMULATIONSPRINZIP VERHÄLTNISSMÄSSIG AUSGESTALTEN

Im Verwaltungsstrafrecht gilt das sog Kumulationsprinzip: Treffen mehrere Verwaltungsübertretungen zusammen, dann sind die Strafen nebeneinander zu verhängen, was zu sehr hohen (Geld-)Strafen führen kann. Die konkrete Ausgestaltung des Kumulationsprinzips kann in bestimmten Konstellationen die unionsrechtlich gewährleistete Dienstleistungsfreiheit verletzen. Es soll daher das Kumulationsprinzip im Verwaltungsrecht reformiert werden.

QUALITÄTSSICHERUNG IN DER VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT

Die Qualität und Transparenz in der Verwaltungsgerichtsbarkeit muss sichergestellt und weiter erhöht werden. Dies gelingt durch eine personell und organisatorisch gut aufgestellte und ausgebaute Verwaltungsgerichtsbarkeit. Darüber hinaus braucht es einen verstärkten Rechtsschutz in Verfahren, die Kinder betreffen.

NACHHALTIGES ÖKO-SOZIALES VERGABERECHT

Im Vergaberecht soll verstärkt auf die Regionalität und Nachhaltigkeit geachtet werden. Es soll die Einführung von ökosozialen Vergabekriterien angedacht werden, die bindend für die bundesweite Beschaffung sind.

DEREGULIERUNG

Bürokratieabbau sowie die Bemühungen um eine bessere Rechtsetzung werden häufig mit dem Begriff „Better Regulation“ beschrieben. Zusammengefasst geht es dabei um Gesetzgebung auf fakten gesicherter Grundlage, Vereinfachung des Rechts, Verständnis der Folgen von Rechtsvorschriften für Bevölkerung und Wirtschaft, mehr Offenheit und Transparenz in der Entscheidungsfindung sowie echte Beteiligung von Bürgern und Unternehmen an Politikgestaltung und Rechtsetzung.

Eine Strategie für die Umsetzung von „Better-Regulation“ soll daher ausgearbeitet werden.

EINFÜHRUNG EINES MINDERHEITSFREUNDLICHEN MEHRHEITSWAHLRECHTS AUF BUNDESEBENE

Die stimmenstärkste Partei bei einer Nationalratswahl erhält 50% + einen Sitz im Nationalrat, die restlichen Parteien erhalten anteilig an den Stimmen Mandate. Dadurch wird eine stabile Regierung gewährleistet, die Existenz oder Gründung von neuen und/oder kleinen Parteien jedoch nicht gehemmt. Damit einhergehend sollten die Minderheitenrechte ausgebaut werden.

DIREKTE DEMOKRATIE STÄRKEN

Um die direkte Demokratie weiter zu stärken, sollen Volksbegehren bereits ab 10.000 Stimmen im Nationalrat behandelt werden. Daran anknüpfend soll auch das Instrument der Volksabstimmung reformiert werden: Wird ein Volksbegehren in Form eines Gesetzesantrages von mehr als 10% der Wahlberechtigten unterstützt und vom Parlament nicht innerhalb eines Jahres umgesetzt, kommt es zu einer verpflichtenden Volksabstimmung

REGIERUNGSHEARINGS IM NATIONALRAT

Neu zu ernennende Minister sollen sich im Nationalrat einem öffentlichen Hearing stellen, in dem sie den Abgeordneten aller Fraktionen Rede und Antwort stehen müssen. Dadurch können Ministerinnen und Minister ihr



fachliches Wissen unter Beweis stellen und die Schwerpunkte für ihre Amtszeit vorstellen. Als Vorbild soll hier das Modell der Hearings im Salzburger Landtag dienen.

EINFÜHRUNG VON DIGITALEN ABSTIMMUNGEN IM PARLAMENT

LANDESVERTEIDIGUNG & ZIVILDIENTST

STELLUNG ZUR GESUNDHEITSVORSORGE- UNTERSUCHUNG AUSBAUEN

Der Ausbau der Stellung hin zu einer echten Vorsorgeuntersuchung bietet einen enormen Mehrwert und würde eine wichtige Säule in der österreichischen Gesundheitsvorsorge einnehmen. So können bei allen jungen Burschen frühzeitig Erkrankungen erkannt werden.

KLARES BEKENNTNIS ZUR NEUTRALITÄT UND WEHRPFLICHT

Mehr denn je brauchen wir ein klares Bekenntnis zur Wehrpflicht, zur umfassenden Landesverteidigung und zu unserer immerwährenden Neutralität.

HÖHERE ENTSCHÄDIGUNG VON ZI- VIL- UND GRUNDWEHRDIENERN

Teststraßen, Hilfseinsätze und Unterstützung beim Contact Tracing – gerade die letzten Monate haben gezeigt, wie wichtig der Einsatz von Zivil- und Grundwehrdienern ist. Die Entschädigung für diesen unverzichtbaren Dienst an unserer Gesellschaft soll nun erhöht werden.

VERSTÄRKTE ZUSAMMENARBEIT IN VERTEIDIGUNGS- UND SICHERHEITS- POLITIK

Die derzeitige europäische Sicherheitsstruktur mit 27 verschiedenen größeren und kleineren Armeen kann den Bedrohungen des 21. Jahrhunderts nicht effektiv genug entgegentreten. Es braucht daher eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus, etwa durch den Ausbau der bestehenden Instrumente PESCO, EUFOR und EU-Battlegroups.



*Das Bundesheer muss
in seinen militärischen
Kernfähigkeiten gestärkt
werden. Gleichzeitig
müssen wir uns auf neue
Bedrohungen wie Cyber-
Angriffe bestmöglich
vorbereiten.*

Lukas Schnitzer

Sicherheit & Integration

Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt. Von der Polizei, dem Bundesheer bis hin zur aktiven Migrations- und Integrationspolitik: Das Thema Sicherheit spielt für ein friedliches und geordnetes Zusammenleben eine bedeutende Rolle. Als Junge ÖVP stehen wir nach wie vor klar hinter unserer Meinung, dass sich jeder Mensch, der auf legalem Weg zu uns kommt und sich in unserer Gesellschaft integriert, auch in Österreich willkommen ist.

INTEGRATION

ERLEICHTERTE ANERKENNUNG VON IM AUSLAND ERWORBENEN ABSCHLÜSSEN

Es braucht eine vereinfachte und beschleunigte Anerkennung von in Drittstaaten erworbener Berufs- und Bildungsabschlüsse. Dies ermöglicht einen schnelleren und qualifizierteren Einstieg in den Arbeitsmarkt für Personen mit gesichertem Aufenthaltstitel.

VERFASSUNGSKONFORME KOPPELUNG DER SOZIALHILFE AN DEUTSCHERWERB

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Durch Anreize zur Spracherlernung und mit mehr Unterstützungen können Defizite aufgeholt werden. Es soll daher eine verfassungskonforme Lösung der Koppelung des Erhalts von Sozialleistungen an das Erlernen der deutschen Sprache ausgearbeitet werden.

SCHNELLERE VERFAHRENSDAUER BEI ASYLANTRÄGEN

Nach Schweizer Vorbild sollen Bearbeitungszeiträume und Verfahrensdauern für Asylanträge effizienter und schneller durchgeführt werden müssen. Mit einer Fristsetzung, für die Behörde, bis wann Anträge abgearbeitet sein müssen, kann dies erreicht werden.

STRENGERE ÜBERPRÜFUNG VON KULTURVEREINEN

Kulturvereine, welche die Schaffung von „Parallelstrukturen“ fördern und nicht zu einem interkulturellen Austausch beitragen sollen verstärkt überprüft werden. In diesem Zusammenhang müssen vom jeweiligen Verein auch die Auslandsfinanzierungen offengelegt werden.

KAMPF GEGEN DEN POLITISCHEN ISLAM

Österreich geht konsequent gegen jegliche Form von Extremismus vor. Vereine, die eine Nähe zu jeglicher Form des politischen Islam oder radikalislamistischem Gedankengut aufweisen, müssen rigoros von den Sicherheitsbehörden überwacht und im Extremfall auch aufgelöst werden können. Parallelgesellschaften und im Besonderen der politische Islam haben in Österreich keinen Platz!

VERFASSUNGSKONFORMES VERBOT DES KINDERKOPFTUCHS

Kinder und Jugendliche sollen möglichst ohne Zwang aufwachsen können. Es soll daher eine verfassungskonforme Kopftuchverbot für unter 14-jährige Mädchen ausgearbeitet werden.

ANHEBUNG DES EHEALTERS AUF 18 JAHRE

Zwangsehen sind nach wie vor Realität, teilweise auch in Österreich. Um diesen vorzubeugen, muss das Mindestalter für Eheschließungen auf 18 Jahre angehoben werden.

MIGRATION

SCHAFFUNG VON ASYLZENTREN & STÄRKERER AUSSENGRENZSCHUTZ

Es sollen außerhalb Europas Asylzentren geschaffen werden, in denen Asylschnellverfahren durchgeführt werden. Darüber hinaus soll der Außengrenzschutz direkt von einer eigenen EU-Behörde wahrgenommen und vollzogen werden.

FRONTEX NEU

Die bestehenden Möglichkeiten von Frontex sind sehr eingeschränkt. Die Kompetenzen müssen daher ausgebaut und erweitert werden, auch um Mindeststandards innerhalb der EU zu kontrollieren. Frontex soll aus bestehenden polizeilichen Strukturen der Mitgliedsländer aufgestockt werden, vergleichbar mit dem UNDOF-Kontingent am Golan.

BEKENNTNIS ZUR QUALIFIZIERTEN ZUWANDERUNG

Qualifizierte Zuwanderung ist für den heimischen Arbeitsmarkt enorm wichtig. Der Erhalt eines Aufenthaltsstatus bzw. des Bleiberechts muss bei entsprechender Arbeitsleistung vereinfacht werden. Darüber hinaus braucht es strengere Kontrollen und das regelmäßige Überprüfen der Einkünfte in den ersten fünf Jahren.

FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Es sollte darauf geachtet werden, dass die 0,7% des BIP auch wirklich von allen Ländern eingehalten werden. Die Mittel sollen vor Ort effektiver eingesetzt werden und die Auszahlung besser überprüft werden. Für Afrika und den Mittleren Osten soll eine eigene Strategie für den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Regionen ausgearbeitet werden.

ILLEGALE EINWANDERUNG STOPPEN

Die illegale Einwanderung gehört gestoppt. Dazu braucht es verstärkte Investitionen in Hilfe vor Ort und die konsequente Bekämpfung der Einwanderung in unser Sozialsystem.

VERSTÄRKTE MEDIZINISCHE UND PSYCHOLOGISCHE BETREUUNG VON ASYLSUCHENDEN

Eine Flucht ist eine traumatische Erfahrung, gerade für Kinder. Es soll daher von Anfang an eine Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche – mit Fokus auf UMF – geben, um sie medizinisch sowie psychologisch bzw. psychotherapeutisch zu unterstützen.

ERHALTUNG DES WAHLRECHTS ALS STAATSBÜRGERRECHT AUF LANDES- UND BUNDESEBENE

GEMEINSAME EU-ASYL- UND MIGRATIONSPOLITIK

Die Asyl- und Migrationsbewegungen sowie die bestmögliche Versorgung und Integration von Asylberechtigten sind gemeinsame europäische Herausforderungen. Gemeinsame und vor allem auch verpflichtende Lösungen müssen daher auf europäischer Ebene geschaffen werden, um nicht einzelne Staaten mit dieser Aufgabe alleine zu lassen. Wichtig ist für Österreich, dass es zu schnellen und effizienten Asylverfahren kommt und ein Fokus auf europäische Rückführungsabkommen gelegt wird. Diese Punkte sollen in den Verhandlungen zum Asyl- und Migrationspaket beachtet werden.

SICHERHEIT

VERSORGUNGSSICHERHEIT VERBESSERN

Es braucht eine bessere Vorbereitung auf flächendeckende Stromausfälle bzw. Notsituationen durch die Sicherstellung der Eigenproduktion von Gütern des täglichen Bedarfs bzw. Medizinprodukten. Auch muss sich die kritische Infrastruktur mit einem möglichen Blackout-Szenario auseinandersetzen.

MASSNAHMEN ZUR SICHERHEIT VON FRAUEN UND KINDERN

Mit dem Ausbau von Beratungsmöglichkeiten, polizeilichen Präventionsmaßnahmen wie Gewaltschutzzentren und dem Aufstocken von niederschwellig zugänglichen Selbstverteidigungskursen für Frauen und Kinder soll häuslicher Gewalt, die gerade im Zuge der Covid-19 Pandemie zu einem noch größeren Problem geworden ist, entgegenwirken. Darüber hinaus sollen die multilateralen Abkommen zur Kindesentführung in einen Drittstaat auf weitere Regionen ausgeweitet werden.

SANKTION MITTELS STAATSBÜRGERSCHAFTSENTZUG

Die Verurteilung nach § 278 ff StGB (zB Bildung einer terroristischen Vereinigung) soll analog zu § 33 Abs 2 StbG zu einem Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft und zu einer allfälligen Ausweisung der betroffenen Person aus Österreich führen. Darüber hinaus soll das Mindeststrafmaß für ebendiese Delikte deutlich angehoben werden.

FOKUS AUF RÜCKFÜHRUNGSABKOMMEN

Straffällig gewordene Migranten sollen konsequent und rasch in ihr Heimatland abgeschoben werden. Dafür braucht es aber Rückführungsabkommen mit dem jeweiligen Staat, damit dieser die abgelehnten Asylwerber auch wirklich zurücknimmt. Österreich soll daher proaktiv die Verhandlung mit anderen Staaten suchen, um eben solche Abkommen zu schließen.

SCHUTZ VON KINDERN UND JUGENDLICHEN VOR RADIKALISIERUNG

Kinder sind leichter von radikalen Strömungen beeinflussbar als andere Altersklassen. Um dem entgegenzuwirken, gilt es, die Pädagogen und Pädagoginnen in die Prävention einzubinden und eine Frühwarnstelle bei begründetem Verdacht einzurichten. So können wir gezielt der Radikalisierung von jungen Menschen entgegenwirken.

MEHR SICHERHEIT FÜR DIE JÜDISCHE GLAUBENSGEMEINSCHAFT

Da gerade jüdische Einrichtungen oft Ziel von extremistisch motiviertem Vandalismus werden, müssen diese unter einem noch besseren Schutz stehen. Die freie Religionsausübung darf keinesfalls durch einzelne Fanatiker eingeschränkt werden. Wir begrüßen daher die Einführung des Antisemitismusberichts ausdrücklich und fordern, dass die Empfehlungen daraus möglichst rasch umgesetzt werden.

STÄRKERE RESOZIALISIERUNG

Die Wiedereingliederung von verurteilten Straftätern trägt wesentlich zur Sicherheit in Österreich bei und ist eine primäre Aufgabe einer offenen Gesellschaft. Es soll daher die Resozialisierung weiter gestärkt und die dazugehörigen Kompetenzen gebündelt werden.



Österreich soll auch weiterhin ein
sicheres Land bleiben. Dazu müssen wir
gerade auf neue Herausforderungen wie
Blackouts bestens vorbereitet sein

Bernhard Heinrichsberger

INTENSIVER INTERNATIONALER AUSTAUSCH BEI DER TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Zur sinnvollen und effektiven Terrorismusabwehr bedarf es einer intensiven internationalen Zusammenarbeit und eines engen Kontaktes mit anderen Nachrichtendiensten. Die Umstrukturierung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung in die "Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst" mit der Trennung zwischen Gefahrenforschung und Abwehr ist ein Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus muss die internationale Reputation des österreichischen Nachrichtendienstes wiederhergestellt werden.

AUFKLÄRUNG ALS MITTEL ZU EINER ERHÖHTEN SICHERHEIT

Aufklärung ist ein wesentliches Element für die Sicherheit der Österreicherinnen und Österreicher. Wir fordern daher eine bessere Sensibilisierung in Medien, Schulen und sozialen Netzwerken. Jung und Alt sollen die Gefahren des Extremismus veranschaulicht bekommen. Beispielsweise kann eine Sensibilisierung für dieses Thema geschaffen werden durch eine Kampagne. Durch informierte Beiträge kann ein Bewusstsein in der Bevölkerung geschaffen werden.

BUNDESWEITE MOBILE EINSATZGRUPPEN DER POLIZEI

Die Schaffung einer bundesweiten, mobilen Einsatzgruppe der Polizei ist begrüßenswert, um auf mittlere und höhere Gefährdungslagen besser und schneller reagieren zu können und somit organisierte Kriminalität und Terrorismus schlagfertiger entgegenzutreten zu können.

AUFWERTUNG DES POLIZEIBERUFES

Die Polizei sorgt für den Schutz der Bevölkerung sowohl im privaten als auch öffentlichen Raum und verzeichnet seit 2010 einen stetigen Anstieg der Aufklärungsquote. Durch den Ausbau des Projektes "Gemeinsam sicher" sollen Sicherheitspartnerinnen und Sicherheitspartner in der Bevölkerung gewonnen werden, um so die subjektive Sicherheit der Allgemeinheit zu erhöhen.

KAMPF GEGEN BRENNPUNKTE UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT

In Gebieten mit erhöhter Kriminalitätsrate soll die Polizeipräsenz erhöht werden. Dies reduziert die Bildung sozialer Brennpunkte und fördert die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im gesamten Bundesgebiet.

Europa & Internationales

Für uns als junge Generation sind Stachelndrähte zwischen europäischen Staaten zum Glück Geschichte. Die Europäische Union ist das größte Friedensprojekt in der Geschichte der Menschheit - und sie ist noch viel mehr als das! Wirtschaftlicher Aufschwung, Erasmus, Reisefreiheit, eine einheitliche Währung oder auch Abschaffung der Roaming-Gebühren: All das sind Errungenschaften, die Europa greifbar machen und uns zeigen, wie wichtig eine gemeinsame Union der europäischen Staaten ist. Klar ist für uns als Junge ÖVP aber auch, dass sich die Europäische Union weiterentwickeln muss, um in Zukunft handlungsfähiger und entscheidungsfreudiger zu sein - das hat uns nicht zuletzt die Corona-Krise gezeigt.

EUROPA

BESSERE EUROPÄISCHE VORBEREITUNG AUF GESUNDHEITSKRISEN

Gerade in Zeiten einer Krise, ausgelöst durch eine Pandemie, welche die ganze Welt in Schacht hält, sehen wir wie wichtig die Gesundheit für uns alle sein muss. Die Europäische Union muss gerade im Bereich der Gesundheitskrisen und Pandemien für die Zukunft gewappnet und vorbereitet sein, um eine rasche europäisch einheitliche Vorgehensweise im Krisenfall zu gewährleisten. Besonders wichtig ist dabei, dass Medikamente und ganz generell auch medizinische Produkte in Zukunft wieder verstärkt auf europäischem Boden produziert werden und so die Versorgung damit gesichert ist.

MONITORING DER MENSCHENRECHTSFRAGEN IN DEN EU-STAATEN

Nachdem immer wieder Menschenrechtsverletzungen in einigen EU-Mitgliedsländern beobachtet werden, soll die EU verstärkt die Einhaltung aller Grundrechte in den Mitgliedsstaaten überprüfen. Im Sinne eines Monitorings der Menschenrechtsfragen sollen so EU-weite soziale Mindeststandards gewährleistet werden.

HARMONISIERUNG & GEGENSEITIGE ANERKENNUNG DER SCHUL- UND BERUFS-AUSBILDUNG

Der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) für lebenslanges Lernen soll als Ausgangslage dienen, um die beruflichen Qualifikationen und Kompetenzen in Europa vergleichbarer zu machen. Derzeit ist es beispielsweise so, dass die österreichische BHS-Matura in den Niederlanden explizit nicht anerkannt wird. Dieses Problem gehört ehestmöglich behoben. Darüber hinaus ist es in gewissen Bereichen (z. B. Pflege, etc.) notwendig, die Qualifikationsstandards EU-weit so zu vereinheitlichen, dass Ausbildungsmängel vorgebeugt werden können.

GEMEINSAMES E-MOBILITÄTSKONZEPT ALLER MITGLIEDSSTAATEN

Um ein Europa der barrierefreien Elektromobilität zu schaffen, braucht es daher bereits jetzt ein EU-weites Konzept für E-Mobilität. Dies beinhaltet die Schaffung einheitlicher rechtlicher Rahmenbedingungen für Elektroautos, Standards und Normen für Ladestellen, einem gemeinsamen Verzeichnis der E-Mobilitäts-Infrastruktur, ein einheitliches Bezahl-System sowie ein standardisiertes Vorgehen bei der Entsorgung bzw. Recycling von Akkus.

AUSBAU DES HOCHGESCHWINDIGKEITSSCHIENENNETZES

Auch der öffentliche Verkehr wird in den nächsten Jahren eine immer stärkere Rolle einnehmen. Es braucht daher einen umfassenden Ausbau des Hochgeschwindigkeits- sowie Transportschienenetzes für den Eisenbahnverkehr in Europa. Damit sollen bestehende Lücken im europäischen Schienennetz geschlossen werden und die EU-Länder in Zukunft bequemer, sicherer, schnell und ökologisch nachhaltiger miteinander verbinden.

EUROPA ALS GLOBALER VORREITER BEIM KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

Die gemeinsame Basis dafür auf europäischer Ebene ist der European Green Deal. Sowohl in Europa als auch in Österreich muss vor allem der Ausbau erneuerbarer Energien weiterhin höchste Priorität haben und ein breiter Umstieg von fossiler Energie auf nachhaltige Energieerzeugung erfolgen. Unser Anspruch

muss es sein, den nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.

BESUCH EINER EUROPÄISCHEN INSTITUTION IM RAHMEN DER AUSBILDUNG

Jeder Schüler sollte im Rahmen seiner Ausbildung eine europäische Institution besuchen und so die EU hautnah erleben und kennenlernen können. Dafür braucht es eine finanzielle sowie organisatorische Unterstützung sowie klare Ansprechpartner für die Schulklassen und Lehrpersonen vor Ort.

STÄRKERE VERANKERUNG DER EU IN DER SCHULE

Um Kindern und Jugendlichen die EU näher zu bringen braucht es eine stärkere Verankerung europäischer Inhalte in den Lehrplänen. Darüber hinaus soll es einen EU-Aktionstag an den Schulen rund um den Europatag am 9. Mai geben. Die Gestaltung dieses Tages liegt im Ermessen der Schulen, soll jedoch schwerpunktmäßig zu europäischen Themen und für mehr Bewusstseinsbildung über die EU abgehalten werden.

STRIKTE ANWENDUNG DES RECHTSSTAATLICHKEITS-MECHANISMUS IN DER EU

Mit dem „Rechtsstaatlichkeits-Mechanismus“ ist im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und im Wiederaufbauprogramm ein Instrument geschaffen worden, dass EU-Förderungen an Rechtsstaatlichkeit koppelt. Mit Nachdruck soll es nun zu einer raschen, konsequenten und strikten Aktivierung dieses Instruments kommen, denn nur wer sich an alle Spielregeln hält, darf EU-Geld erhalten.

AUFWERTUNG DES HAUSHALTSKOMMISSARS

Die Fiskalpolitik der Europäischen Union muss künftig effizienter und stärker ausgebaut werden. Aus diesem Grund sollen die Kompetenzen des Haushaltskommissars der Europäischen Union hinsichtlich der Einführung einer Digital- und Finanztransaktionssteuer aufgewertet werden.

EU MUSS STRATEGISCHE INVESTITIONSPOLITIK ERMÖGLICHEN

Um die Abhängigkeit von Fremdsubventionierungen durch die EU zu reduzieren und die Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedstaaten stärker zu fördern, muss die Möglichkeit für mehr Eigeninitiativen eröffnet werden. Es müssen daher im Bereich des EU-Beihilfenrecht sowie den Maastricht-Kriterien Ausnahmen geschaffen werden, für Investitionen in Wirtschaftssektoren mit besonders hoher Hebelwirkung sowie für jene mit einem überaus hohen Entwicklungspotenzial mit überregionaler Bedeutung für die Europäische Union als Wirtschaftsstandort erlauben. Dies würde zu einer Stärkung der Wirtschaftsleistung der Mitgliedstaaten führen und zugleich Arbeitsplätze sichern.

STRATEGISCHE ERWEITERUNG DER EU

Auf der europäischen Landkarte gibt es einen großen weißen Fleck, nämlich den Westbalkan, der aus sechs Staaten besteht: Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. Damit das europäische Friedensprojekt auf lange Sicht bestehen bleibt, ist es unumgänglich diese Staaten zeitnah in die europäische Familie zu integrieren. Ein erster Schritt wäre daher die Einbeziehung dieser sechs Staaten in die Zukunftsgestaltung der EU im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas.

EIN EUROPAGEMEINDERAT IN JEDER GEMEINDE IN ÖSTERREICH

Der Europagemeinderat nach österreichischem Vorbild ermöglicht, dass politische Vertreterinnen

Die Europäische Union soll stärker zusammenarbeiten in den großen Fragen, die wir nur gemeinsam lösen können und sich zurücknehmen in den Bereichen, die wir direkt in den Mitgliedsstaaten besser regeln können.

Sophia Kircher



und Vertreter auf regionaler Ebene sich aktiv für den europäischen Gedanken einsetzen können. Unser Ziel muss sein, dass in jedem Gemeinderat bzw. Bezirksrat zumindest ein Europagemeinderat vertreten ist. Zudem soll diese Initiative auch in anderen EU-Mitgliedstaaten etabliert werden, inklusive einer gemeinsamen Plattform zur Vernetzung.

DIREKTWAHL DES EU-KOMMISSIONS-PRÄSIDENTEN

Der Kommissionspräsident bekleidet als europäischer „Regierungschef“ ein sehr wichtiges Amt für die Union. Eine Direktwahl durch alle Bürgerinnen und Bürger würde nicht nur eine stärkere demokratische Legitimierung seines Amtes, sondern auch ein direkteres Mitbestimmungsrecht aller EU-Bürger mit sich bringen.

EUROPÄISCHES PARLAMENT MIT NUR EINEM AMTSSITZ (SINGLE-SEAT)

Das Europäische Parlament hat seinen Hauptsitz in Brüssel. Zwölfmal jährlich müssen die Abgeordneten und alle Mitarbeiter aber für Plenarsitzungen nach Straßburg reisen. Diese Aufteilung auf zwei Sitze verursacht jährlich Mehrkosten im dreistelligen Millionenbetrag. Um Kosten zu sparen und die Verwaltung effizienter zu gestalten, soll das Europäische Parlament seine beiden Standorte zusammenlegen.

SCHRITTWEISE ABSCHAFFUNG DES EINSTIMMIGKEITSPRINZIPS IM RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

In den Bereichen der Steuerpolitik und der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik soll das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der Europäischen Union fallen, um so eine Blockade von einzelnen Mitgliedsstaaten zu verhindern.

STÄRKERE EUROPÄISCHE STIMME IN DER WELT BEI AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Die Europäische Union soll stark sein in den großen Fragen, die wir nur gemeinsam lösen können und sie soll sich zurücknehmen bei Themen, die die Mitgliedsstaaten besser regeln können. Gerade die Pandemiebekämpfung hat gezeigt, dass gerade bei Einreisebeschränkungen ein gesamteuropäischer Ansatz zielführend gewesen wäre.

INTERNATIONALES

AFRIKA VOR ORT STÄRKEN UND PARTNERSCHAFTEN GEZIELT ETABLIEREN

Die Europäische Union braucht eine umfassende Afrika-Strategie, welche die Themenbereiche Klimawandel, Sicherheit, Migration, Wirtschaft und Demografie verbindet und die Instrumente der Handels-, Entwicklungs- und gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik verknüpft. Ziel muss es sein, Afrika vor Ort in allen Bereichen zukunftsfit und selbstständig zu machen, um die Ausbeutung aus aller Welt zu unterbinden und somit nachhaltige Perspektiven in Afrika zu schaffen.

HILFE VOR ORT IN KRISENGEBIETEN

Das EU-Katastrophenschutzverfahren wurde bereits mehr als 420-mal zur Reaktion auf Notsituationen, im Bereich des Katastrophenschutzes und der humanitären Hilfe, innerhalb und außerhalb der EU, eingesetzt. Leider treten Katastrophenszenarien in den letzten Jahren vermehrt und immer unvorhersehbarer auf. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, für eine funktionierende Katastrophenhilfe





die nötigen finanziellen und personellen Mittel auch in Zukunft zur Genüge bereitzustellen.

DIE STÄRKUNG DER ROLLE ÖSTERREICHS ALS ORT DES DIALOGS UND STANDORT INTERNATIONALER ORGANISATIONEN

Österreich hat sich in den letzten Jahrzehnten als Ort des internationalen Dialogs etabliert. Zahlreiche internationale Verhandlungen, zuletzt auch die US-Iran-Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung, haben in Österreich stattgefunden. Wir wollen diese Rolle als „Gastgeber“ und „Brückenbauer“ auch in Zukunft stärken und stets als Ort für internationalen Dialog in Friedens- sowie Konfliktzeiten zur Verfügung stehen.

STÄNDIGER SITZ DER EU IM UN-SICHERHEITSRAT

Es ist wichtig, dass die EU im Bereich der Außenpolitik mit einer Stimme spricht. Aus diesem Grund soll die Europäische Union innerhalb der Vereinten Nationen geeint auftreten und einen gemeinsamen Sitz im UN-Sicherheitsrat bekommen.

GEDENKARBEIT

VERPFLICHTENDER BESUCH EINER GEDÄNKSTÄTTE

Es ist die Aufgabe unserer Generation, verantwortungsvoll mit unserer Vergangenheit und den dunkelsten Kapiteln unserer Geschichte umzugehen. Die Worte „Nie wieder“ dürfen keine leere Floskel bleiben und daher soll jeder Jugendliche im Laufe seiner schulischen Laufbahn mindestens einmal eine Gedenkstätte des Holocausts

FÖRDERUNG DES JUGENDAUSTAUSCHES

Um Land, Leute und Kultur des heutigen Israels besser kennen zu lernen, sollen Jugendaustauschprogramme stärker gefördert werden. Das trägt auch zu einer aktiven Gedenkpolitik bei.

JUGEND-ANTISEMITISMUSSTRATEGIE

Schulen werden zunehmend mit der Herausforderung von klar wahrnehmbaren, antisemitischen Haltungen konfrontiert. Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus beinhaltet viele Maßnahmen, die hier vorbeugen sollen. Wir fordern, dass diese rasch umgesetzt werden!

KLARES GRUNDSATZBEKENNTNIS ZUM STAAT ISRAEL

Wir haben eine besondere historische Verbindung zum und Verantwortung für Israel. Aus diesem Grund bekennen wir uns vollumfänglich zum Staat Israel.

